



## Wortprotokoll der 66. Sitzung

### Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Berlin, den 12. Juni 2023, 14:02 Uhr  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1  
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E. 200

Vorsitz: Klaus Ernst, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

### Einziges Tagesordnungspunkt

Seite 6

Gesetzentwurf der Bundesregierung

### Entwurf eines Gesetzes zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Änderung des Energiedienstleistungsgesetzes

#### BT-Drucksache 20/6872

#### Hierzu wurde verteilt:

20(25)371 Stellungnahme  
20(25)372 Stellungnahme  
20(25)373 Stellungnahme  
20(25)375 Stellungnahme  
20(25)376 Stellungnahme  
20(25)379 Stellungnahme  
20(25)380 Stellungnahme  
20(25)381 Stellungnahme  
20(25)382 Stellungnahme  
20(25)383 Stellungnahme  
20(25)384 Stellungnahme  
20(25)386 NEU Stellungnahme  
20(25)398 Zusammenstellung  
20(26)62-5(neu) gutachtliche Stellungnahme PBnE

#### Federführend:

Ausschuss für Klimaschutz und Energie

#### Mitberatend:

Rechtsausschuss  
Wirtschaftsausschuss  
Verkehrsausschuss  
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit  
und Verbraucherschutz  
Ausschuss für Bildung, Forschung und  
Technikfolgenabschätzung  
Ausschuss für Digitales  
Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung,  
Bauwesen und Kommunen  
Ausschuss für die Angelegenheiten der  
Europäischen Union  
Haushaltsausschuss (mb und § 96 GO)

#### Gutachtlich:

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung



## Liste der Sachverständigen

### **Dr. Sebastian Bolay<sup>1</sup>**

Bereichsleiter Energie, Umwelt, Industrie  
Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

### **Dr. Leonard Burtscher<sup>2</sup>**

Umweltinstitut München e. V.

### **Günter Eggers<sup>3</sup>**

Vorsitzender Arbeitskreis Rechenzentren  
Bitkom e. V.

### **Jens Gröger<sup>4</sup>**

Senior Researcher  
Forschungsschwerpunkt: Nachhaltige Informations- und Kommunikationstechnik  
Öko-Institut e. V.

### **Frank Hennig<sup>5</sup>**

Diplomingenieur für Kraftwerksanlagen und Energieumwandlung

### **Gregor Hillebrand-Kandzia<sup>6</sup>**

Sächsische Energieagentur – SAENA GmbH

### **Martin Kaspar<sup>7</sup>**

Bereich Energie, Klimaschutz und Rohstoffe  
Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)

### **Marina Köhn<sup>8</sup>**

Umweltbundesamt

---

<sup>1</sup> Benannt durch die Fraktion der CDU/CSU

<sup>2</sup> Benannt durch die Fraktion DIE LINKE.

<sup>3</sup> Benannt durch die Fraktion der CDU/CSU

<sup>4</sup> Benannt durch die Fraktion der SPD

<sup>5</sup> Benannt durch die Fraktion der AfD

<sup>6</sup> Benannt durch die Fraktion der SPD

<sup>7</sup> Benannt durch die Fraktion der FDP

<sup>8</sup> Benannt durch die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



**Marius Madsen<sup>9</sup>**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Hochschule Niederrhein - Institut für Energietechnik & Energiemanagement

**Dr. Eberhard von Rottenburg<sup>10</sup>**

Stellvertretender Abteilungsleiter Energie- und Klimapolitik

Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.

**Dr. Tatjana Ruhl<sup>11</sup>**

Leitung Dekarbonisierung der Industrie

Deutsche Unternehmensinitiative für Energieeffizienz e. V. (DENEFF)

**Marianna Roscher<sup>12</sup>**

Deutscher Städte- und Gemeindebund

---

<sup>9</sup> Benannt durch die Fraktion der SPD

<sup>10</sup> Benannt durch die Fraktion der CDU/CSU

<sup>11</sup> Benannt durch die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

<sup>12</sup> Teilnahme aufgrund von § 69a Absatz 2 der Geschäftsordnung des Bundestages

**Anwesenheit laut Unterschriftenliste oder Rückmeldung bei digitaler Teilnahme:****Mitglieder des Ausschusses**

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
SPD	Gremmels, Timon Hümpfer, Markus Kleebank, Helmut Mesarosch, Robin Rimkus, Andreas Scheer, Dr. Nina	
CDU/CSU	Heilmann, Thomas König, Anne Weiss, Maria-Lena	Gebhart, Dr. Thomas
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Uhlig, Katrin	
FDP	Kruse, Michael	
AfD	Hilse, Karsten Kraft, Dr. Rainer	
DIE LINKE.	Ernst, Klaus Lenkert, Ralph	



<b>Fraktionsmitarbeiter</b>	
<b>Fraktion</b>	<b>Name</b>
SPD	Werner, Dr. Gabriele
CDU/CSU	Wißborn, Jan-Peter Sassenrath, Carl-Philipp Schmidt, Falk
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Vuorimäki, Maarit
AfD	Koitka, Christian
FDP	Hentrich, Steffen
DIE LINKE.	Aß, Sophie-Marie

<b>Bundesrat</b>	
<b>Land</b>	<b>Name</b>
Baden-Württemberg	Rautenberg-Kolbe, Carlotta
Niedersachsen	Abeling, Wiebke
Sachsen-Anhalt	Hannemann, Dr. Henrik
Schleswig-Holstein	Deil, Franziska
Saarland	Sobolewski, Björn

<b>Ministerium bzw. Dienst- stelle</b>	<b>Name</b>	<b>Amtsbezeichnung</b>
BMWK	Wenzel, Stefan	PStS
BMWK	Steinig, Dr. Karsten	RDir
BMWK	Besser, Stefan	MR



## **Einzigiger Tagesordnungspunkt**

Gesetzentwurf der Bundesregierung

### **Entwurf eines Gesetzes zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Änderung des Energiedienstleistungsgesetzes**

#### **BT-Drucksache 20/6872**

Der **Vorsitzende**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, wir sollten beginnen. Es sind uns einige Abgeordnete passiv digital zugeschaltet. Deshalb sind wir hier nicht allzu viele in diesem Raum. Wir freuen uns aber insbesondere, dass Sie da sind. Herzlich Willkommen zur heutigen öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Klimaschutz und Energie. Gegenstand ist heute der Gesetzentwurf der Bundesregierung zu einem Gesetz zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Änderung des Energiedienstleistungsgesetzes, auf Bundestagsdrucksache 20/6872.

Ich begrüße im Einzelnen die Damen und Herren Sachverständigen, die uns heute bei unserer Sitzung begleiten und die uns zur Verfügung stehen. Recht herzlichen Dank, dass Sie da sind. Ich möchte Sie im Einzelnen auch gleich aufrufen, damit ich erstens weiß, wer da ist und auch die Damen und Herren, die uns an den Bildschirmen zuschauen, wissen, um wen es sich handelt. Als erstes begrüße ich Herrn Dr. Sebastian Bolay, Bereichsfelder Energie, Umwelt, Industrie vom Deutschen Industrie und Handelskammertag. Herr Bolay, herzlich willkommen. Dann haben wir Herrn Dr. Leonard Burtscher vom Umweltinstitut in München, herzlichen Dank, dass Sie da sind. Dann Herrn Günther Eggers, Vorsitzender Arbeitskreis Rechenzentrum vom Bitkom e. V. Herzlich willkommen. Dann Herrn Jens Gröger, Senior Researcher mit Forschungsschwerpunkt nachhaltige Informations- und Kommunikationstechnik vom Öko Institut. Recht herzlich willkommen. Dann Herrn Frank Hennig, Diplomingenieur für Kraftwerksanlagen und Energieumwandlung. Habe ich schon gesehen. Recht herzlich willkommen. Dann ist uns digital zugeschaltet, wir testen, ob es funktioniert, Herr Gregor Hillebrand-Kandzia, Sächsische Energieagentur Saena GmbH. Die Frage, Herr Hillebrand-Kandzia, können Sie uns hören?

SV **Gregor Hillebrand-Kandzia** (SAENA): Ja, ich kann Sie sehr gut hören und Sie mich hoffentlich auch.

Der **Vorsitzende**: Ja, wunderbar. Und wir sehen Sie auch. Das ist schon mal toll. Dann haben wir Herrn Martin Kaspar, Bereich Energie, Klimaschutz und Rohstoffe vom Verband der chemischen Industrie e. V. Recht herzlich willkommen. Dann haben wir Frau Köhn vom Umweltbundesamt. Herzlich willkommen Frau Köhn, Dann Herrn Marius Madsen, wissenschaftlicher Mitarbeiter Hochschule Niederrhein vom Institut für Energietechnik und Energiemanagement. Recht herzlich willkommen, Herr Madsen. Dann haben wir Herrn Dr. Eberhard von Rottenburg, stellvertretender Abteilungsleiter Energie- und Klimapolitik vom Bundesverband der deutschen Industrie e. V. Schön, dass Sie da sind. Dann haben wir Dr. Tatjana Ruhl, Leiterin der Dekarbonisierung der Industrie bei der Deutschen Unternehmensinitiative für Energieeffizienz e. V., auch recht herzlich willkommen. Dann als letztes Marianna Roscher von den kommunalen Spitzenverbänden. Herzlich willkommen.

Damit sind Sie alle da. Das freut uns sehr. Dann haben wir sicher eine spannende Veranstaltung heute. Ich begrüße des Weiteren die Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses der Klimaschutz und Energie sowie der mitberatenden Ausschüsse. Ich weise darauf hin, dass der Kollege Mesarosch uns digital zugeschaltet ist und der Kollege Rimkus, der uns wegen der NATO-Übung sozusagen nicht persönlich beglücken kann.

Abg. **Timon Gremmels** (SPD): Sitzt er im Kampf flieger?

Der **Vorsitzende**: Nein, die NATO-Flugübung hat verhindert, dass er starten konnte. Die Kampfflieger haben etwas dagegen, dass er an unsere Sitzung teilnimmt, ich weiß nicht, warum. Er kann uns jedenfalls auch nur digital folgen, wird aber auch für die SPD mit Fragen stellen, wenn ich richtig informiert bin.

Ich begrüße für die Bundesregierung den Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Stefan Wenzel. Recht herzlich willkommen. Sowie die weiteren Fachbeamtinnen und -beamten des Ministeriums, die Vertreterinnen- und Vertreter der Länder, der



Medien und nicht zuletzt die Gäste, die der Anhörung hier im Saal hier oben, online oder übers Parlamentsfernsehen folgen. Damit habe ich alle begrüßt und wir können zum Ablauf der heutigen Anhörung kommen.

Dazu folgende Erläuterungen: Zunächst erhalten Sie als Sachverständige drei Minuten für ein Eingangsstatement. Ich möchte Sie bitten, die Zeiten einzuhalten, ich möchte das Eingreifen umgehen, das mache ich sehr ungern. Ihre verbleibende Redezeit sehen Sie auf dem Bildschirm, sodass Sie selbst darauf achten können, dass Sie nicht überziehen. Anschließend folgen Fragerunden. Um dies in der uns zur Verfügung stehenden Zeit von zwei Stunden hinzukriegen, sind wir darauf angewiesen, dass sich die Fragenden und auch die Sachverständigen möglichst kurz fassen. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass pro Wortmeldung maximal die Zeit für Fragen und Antwort von insgesamt vier Minuten in der ersten Runde, drei Minuten in den folgenden stattfindenden Runden. Also vier Minuten für Frage und Antwort. Meine weitere Bitte an die fragenden Kollegen und Kolleginnen wie immer: Bitte stellen Sie Ihre Frage mit Namen an die Sachverständige oder an den Sachverständigen, damit wir auch fürs Protokoll wissen, wer dran ist und ich werde dann das Wort erteilen. Es wird ein Wortprotokoll erstellt. Und damit wird alles, was wir hier machen, auch entsprechend festgehalten. Das wäre es, wir können beginnen. Ich glaube, es wird eine spannende Veranstaltung. Ich bitte zuerst die Sachverständigen für die Einführung. Als erstes erhält das Wort Herr Dr. Sebastian Bolay, drei Minuten.

**SV Dr. Sebastian Bolay (DIHK):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen, danke für die Einladung. Ich will an den Beginn meines Eingangsstatements ein kurzes Gedankenexperiment stellen. Stellen Sie sich vor, Sie sind in einem Unternehmen, haben zwei Maschinen, auf den Maschinen wird das gleiche Produkt hergestellt und beide brauchen zehn Einheiten Energie. Jetzt die Frage: Welche von den beiden Maschinen ist energieeffizienter? Die Frage können Sie natürlich nicht beantworten, weil Ihnen dazu wesentliche Parameter fehlen. Nämlich, was kommt denn hinten raus? Was wird denn mit den Maschinen

produziert? Wenn jetzt eine Maschine zehn Einheiten produziert mit den zehn Einheiten Energie und die anderen fünf, ist klar, dass Maschine A energieeffizienter produziert als Maschine B, solange wir vom gleichen Produkt ausgehen. Wenn Sie jetzt eine Maschine abstellen müssen, es kann ganz unterschiedliche Gründe dafür geben. Also, Sie stellen eine Maschine ab und aus irgendwelchen Gründen müssen Sie die Maschinen A abstellen. Jetzt haben Sie nur noch Maschine B, die mit 0,5 Effizienz arbeitet. Sie haben natürlich erhebliche Energie eingespart, aber die Effizienz im Unternehmen ist schlechter geworden. Und das kann man natürlich auch hochskalieren. Die Effizienz der deutschen Volkswirtschaft ist insgesamt schlechter geworden. Kurzes Gedankenexperiment beendet zum Thema Energieeinsparung. Das kann was anderes sein als ein Effizienzfortschritt.

Wenn wir jetzt auf die Werte der Effizienzsteigerung in Deutschland seit 1990 gucken, dann haben wir da zwischen 1990 und 2021 1,65 Prozent geschafft. Und zwischen 2008 und 2021 waren es nur noch 1,38 Prozent. Es ist also schwieriger geworden, Effizienzfortschritte zu erzielen, einfach weil die Grenzkosten steigen. Ob wir das hinkriegen, noch 22,5 Prozent Endenergie einzusparen, also 540 Terawattstunden in den kommenden, jetzt sind sie nur noch sechseinhalb Jahre, das ist doch eine sehr große Frage. Es wird immer wieder gerne auf das Beispiel Irland verwiesen. Irland hat eine Energieproduktivität von deutlich über 4 Prozent in den letzten Jahren. Interessanterweise ist aber der Energieverbrauch nicht gesunken, sondern im gleichen Zeitraum um 5 Prozent gestiegen. Das Ganze hat vor allem damit zu tun, dass hier vor allem ausländische IT- und Finanzdienstleister in Irland investiert haben und insofern hier viele Buchungen von Finanzströmen stattgefunden haben. Also hier hat ein Wirtschaftswachstum ohne großes Energieverbrauchswachstum stattgefunden. Das können Sie auch nachvollziehen. Sie kaufen ein Handy bei einem amerikanischen Konzern, das in China gefertigt worden ist. Sie kaufen das über Irland und es wird über einen holländischen Dienstleister ausgeliefert. Das ist ein praktischer Fall, den ich erst vor kurzem beobachtet habe. Das bringt natürlich in Deutschland einen Effizienzfortschritt, weil das neue Handy wahrscheinlich effizienter ist als das alte. Aber es bringt überhaupt nichts für das deutsche Wirt-



schaftswachstum. Deswegen die zweite Anmerkung: Effizienzsteigerung führt nicht zwangsläufig zu Wirtschaftswachstum. Insofern ist aus unserer Sicht das Endenergieeffizienzziel doch bitte in ein indikatives Effizienzziel umzuwandeln, so wie es auch in der Energieeffizienzrichtlinie steht. Danke.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Als nächstes Herr Leonhard Burtscher bitte.

**SV Dr. Leonard Burtscher**

(Umweltinstitut München e. V.): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, danke für die Einladung, hier sprechen zu dürfen. Die Klimakrise ist kein Alarmismus wegen einer fernen Zukunft. Sie ist schon heute bittere Realität. Wir sehen das ständig heutzutage an immer schlimmer werdenden Horrormeldungen, seien es Waldbrände in Kanada, die New York in Smog hüllen, Dürren in Frankreich, die Menschen gegeneinander aufbringen oder Fluten in Deutschland, im Ahrtal beispielsweise, die ganze Täler verwüsten. Das Möglichkeitsfenster, um eine nachhaltige Zukunft für uns alle zu erhalten, schließt sich rapide wie der IPCC warnt. Wir müssen daher jetzt endlich alle gemeinsam, auch alle gemeinsam in diesem Raum in den Krisenmodus kommen und diese größte Krise der menschlichen Zivilisation gemeinsam bekämpfen. Der wichtigste Weg aus der Klimakrise ist der schnelle Abschied von fossilen Energien. Darin sind sich alle einig. Dabei geht es nicht nur um das Ziel, sondern ganz besonders auch um die Geschwindigkeit. Und diesen schnellen Abschied erreichen wir nur, wenn wir neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien gleichzeitig auch den Energiebedarf reduzieren. Und das sagen auch alle großen Szenariostudien für Deutschland im Übrigen. Auch die Internationale Energieagentur hat letzte Woche in ihrem Versailles Statement mit 40 Ländern noch einmal klar gemacht, dass die Verbesserungen und deutliche Erhöhung der Energieproduktivität absolut möglich und sinnvoll ist. Das vorliegende Energieeffizienzgesetz, das jetzt im Bundestag diskutiert wird, wird dieses Potential leider nicht heben können, weil es in ganz wesentlichen Aspekten durch massiven Lobbydruck von wehrten Nebensitzern sehr stark aufgeweicht worden ist und deswegen diese Wirkung, die dringend notwendig ist, nicht entfalten wird. Wir

kritisieren also mit unserem Institut ganz besonders, dass die verbindlichen Maßnahmen, die darin enthalten waren, die nachschauen, wo Energieeffizienz wirtschaftlich möglich ist, es geht nicht um irgendwelche verrückten grünen und sonstigen Träume, es geht darum, wirtschaftliche Energieeffizienzsteigerungen umzusetzen und die aber auch tatsächlich verbindlich umzusetzen. Doch diese Verbindlichkeit, die ist gestrichen worden. In dem neuen Paragraph 9 geht es nur noch um die Erstellung von Plänen. Und darüber hinaus ist das Einsparziel des Gesetzes, diese 26,5 Prozent Endenergieeinsparung 2030 bezogen auf 2008, die ist eine eins zu eins Umschreibung von der european energy efficiency directive. Also das, was ohnehin auf EU-Niveau kommen muss. Es ist also kein ambitioniertes Gesetz, als solches es von Herrn Klimakanzler Scholz versprochen wurde im Oktober letzten Jahres. Freundliche Einladungen und freiwillige Selbstverpflichtungen, das wissen wir, reichen nicht, sonst säßen wir heute nicht hier. Es ist aus allen möglichen Politikbereichen bekannt. Wir müssen deswegen dringend die Maßnahmen mit einer Verbindlichkeit hinterlegen. Sonst wird es nichts mit der Energieeffizienzsteigerung. Danke.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Eggers, bitte.

**SV Günter Eggers** (Bitkom): Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren. Vielen Dank, dass Sie den Bitkom eingeladen haben zu dieser heutigen Anhörung. Der vorliegende Gesetzentwurf sieht unter anderem weitreichende Regelungen für Rechenzentren in Deutschland vor. Das wird erhebliche Konsequenzen für den Digitalstandort Deutschland haben. Im Folgenden möchte mich ausschließlich auf die Rechenzentren konzentrieren. Wir alle hier und insbesondere diejenigen, die gerade online diese Anhörung folgen, nutzen Rechenzentren, häufig völlig unbewusst. Jegliche Art von digitaler Kommunikation, jeglicher Art von digitalen Informationsaustausch läuft über Rechenzentren. Gewissermaßen die andere Seite, wenn Sie im Mobilfunk, Telefon oder Festnetztelefon oder Ihren Laptop nehmen, die andere Seite der Verbindung sind immer Rechenzentren. Wir sollten uns vor Augen führen, dass Rechenzentren ein essenzieller Teil sind der digitalen Infrastrukturen, über die wir hier gerade sprechen. Die vielfältigen digitalen Dienste, die



aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken sind, werden fast ausschließlich von Rechenzentren zur Verfügung gestellt. Wir sprechen heute über die Regulierung eines Kernbestandteils und einer Grundvoraussetzung für unsere digitale Gesellschaft. Bestimmte digitale Services aus Rechenzentren tragen übrigens vielfach dazu bei, unseren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck deutlich zu reduzieren. Auch der Teilnehmer, der heute den Flieger nicht nehmen konnte, ist jetzt virtuell dabei. Das heißt, er kann dieser Anhörung folgen und ist somit mit Hilfe von Rechenzentren am Ende in der Lage, hier aktiv teilzunehmen, wie alle anderen, die dabei sind. Ja, Rechenzentren brauchen Strom. Circa 3 Prozent des Stroms und 0,6 Prozent der gesamten Energie, die in Deutschland verbraucht wird, entfällt auf Rechenzentren. Das ist zwar signifikant, es ist aber auch nicht wahnsinnig viel. Das muss man sich vor Augen führen. Und wir hatten gerade schon darüber gesprochen, dass die Rechenzentren einen erheblichen Anteil zur Einsparung von Energie beitragen. Seit über 10, 15 Jahren haben wir in Deutschland einen, gemessen an den europäischen Wettbewerbern, substanziiell hohen Strompreis, der dazu zwingt, das Rechenzentrum, die ja nur Strom verbrauchen, hochgradig in Effizienz investieren müssen. Anders als bei vielen europäischen Nachbarn sind die Rechenzentren in Deutschland, insbesondere die großen Rechenzentrum, überdurchschnittlich effizient. Um den Wettbewerbsnachteil auszugleichen, den wir durch den hohen Strompreis gegenüber anderen EU-Staaten haben, hat die Branche eine Menge getan. Jetzt sollte das Energieeffizienzgesetz nicht dafür sorgen, dass dieser Nachteil weiter verstärkt wird, indem beispielsweise Standortfragen substanziiell beeinträchtigt werden. Wir haben drei wesentliche Punkte: Die pauschale Verpflichtung zur Abwärmenutzung ist ein Problem, weil nicht überall die Wärmenetze vorhanden sind. Wir haben wesentliche Schwierigkeiten mit den Telekommunikationsknoten. Die gehören nicht in eine abwärmegetriebene Regulatorik, Die gehören an die jeweiligen Netzknoten. Schließlich sind Berichtspflichten im Gesetz drin, die wir für überzogen halten und die mit Energieeinsparung und Klimaschutz nichts zu tun haben. Danke.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. Dann sind wir bei Herrn Gröger, bitte.

**SV Jens Gröger (Öko-Institut)**: Ja, vielen Dank auch von meiner Seite für die Einladung. Guten Tag, meine Damen und Herren, meine Name ist Jens Gröger vom Öko-Institut, kurz zum Hintergrund. Ich arbeite seit 20 Jahren am Thema Energieeffizienz, seit rund zehn Jahren am Thema Energieeffizienz in Rechenzentren. Tatsächlich habe ich zusammen mit dem Umweltbundesamt das erste weltweite Umweltzeichen für Rechenzentren entwickelt, so etwas gab es vorher noch nicht. Das heißt, die Branche begleite ich schon seit einer ganzen Weile. Mein Schwerpunkt liegt hier auf Rechenzentren. Das Gesetz beinhaltet ja auch Abwärmenutzung und andere Geschichte, auch für andere Branchen, selbstverständlich. Mein Schwerpunkt liegt an der Stelle bei Rechenzentren. Nochmal zum Hintergrund: Was möchten wir erreichen? Was möchten wir mit dem Energieeffizienzgesetz erreichen? Wir möchten 26 Prozent Endenergie einsparen bis zum Jahr 2030. Was vielleicht noch interessanter ist: Wir möchten 40 Prozent CO<sub>2</sub>-Emissionen einsparen von heute bis 2030 und zwar nach dem Bundesklimaschutzgesetz. Da gibt es in den nächsten Jahren einiges zu tun. Wir müssen irgendwie runterkommen. Schauen wir uns Rechenzentren an, sind wir mit 3 Prozent des Stromverbrauchs noch nicht so – Also sind Rechenzentren in der Tat nicht so richtig relevant. Aber es gibt leider die jährliche Steigerungsrate von 6 Prozent, die letztlich dazu führt, dass wir im Jahr 2030 bei 5 Prozent landen in 2040 bei 9 Prozent und im Jahr 2050 bei 16 Prozent des heutigen Stromverbrauchs. Es geht munter den Berg hoch und bisher ist es nicht absehbar, ob Rechenzentren auch irgendwann mal anfangen, bei einem konstanten Stromverbrauch zu landen. Gleichzeitig brauchen wir diese Elektrizität. Wir wissen es alle. Wir brauchen die für Autos, beispielsweise Elektroautos, für die Wärmepumpe brauchen wir sie. Wir möchten die Stahlindustrie und überhaupt die energieintensive Industrie elektrifizieren. Das heißt, alle Bereiche brauchen diesen Strom, und Rechenzentren brauchen ihn im steigenden Maße. So, jetzt ist es aber schön, dass Rechenzentren nicht nur ein Problem sind, sondern auch Teil der Lösung. Und was interessant ist, ist, dass der gesamte Strom, der in Rechenzentren reingeht, nachher das Rechenzentrum als Wärme wieder verlässt. Es ist wirklich so, dass ein Rechenzentrum nichts anderes macht, als



Strom in Wärme umzuwandeln und zwischendrin rechnet es ein bisschen. Das heißt: Ist es nicht großartig, dass wir so viel Wärme produzieren, die wir als Grundlast in einem Wärmenetz einspeisen können? Zumal wir auch die Wärmenetze dekarbonisieren wollen. Wir möchten sowieso runter von den fossilen Energieträgern. Das wäre es doch schön, wenn die Rechenzentren in die Lage versetzt werden, das heißt, von außen muss da natürlich auch ein Angebot kommen, da müssen Plattformen kommen für Wärme, da müssen Kommunen diese Wärme abnehmen oder benachbarte Firmen. Wäre es nicht schön, wenn wir diese Wärme der Rechenzentren nutzen würden? So, also Rechenzentren sind auch Teil der Lösung. Und letzter Punkt: Rechenzentrumsregister. Und das denke ich, wird sogar ein besonderes Vorbild sein, dieses deutsche Gesetz indem es so ein Register einführt. Dazu kommen wir in der Diskussion später noch, weil ich denke, dadurch wird ein Wettbewerb losgetreten ...

**Der Vorsitzende:** Später, wie Sie richtig sagen. Danke schön. Als Nächstes Herr Hennig, bitte.

**SV Frank Hennig:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Auf der Gesetzeskarte des deutschen Energieversorgungssystems stehen 27 deutsche Gesetze, 34 Verordnungen, dazu kommen 35 EU-Verordnungen und Richtlinien, zwei EU-Strategien und zwei EU-Leitlinien, wohlgermerkt nur für das Energieversorgungssystem. Wir sind Vorreiter bei Preisen und bei der Bürokratie. Nun steht ein neuer Gesetzentwurf ins Haus und weitere werden folgen. Es ist wohl sehr selten in der deutschen Rechtsgeschichte, dass der Titel eines Gesetzes so wenig den Inhalt widerspiegelt. Charakteristisch dafür ist der Paragraph 4, überschrieben mit Energieeffizienzzielen und im Inhalt geht es ausschließlich um Endenergieverbrauch und Primärenergieverbrauch. Das ist merkwürdig. Das Gesetz würde detailliert in wirtschaftliche Prozesse eingreifen, sie behindern und verteuern. Wir sind seit Jahren Vorreiter bei den Energiepreisen. Das hat am Markt den Hebel gegeben zusammen mit dem Emissionshandel, alle Prozesse zu rationalisieren und die Effektivität zu steigern. Wer dies bisher nicht getan hat, hat am Markt nicht überlebt oder ging ins Ausland. Es ist eine beachtliche Leistung,

dass Deutschland seit vielen Jahren das Wirtschaftswachstum vom Energieverbrauch abgekoppelt hat. Jede Schraube wurde durchoptimiert, um bei den permanent steigenden Kosten, steigender Bürokratie, Inflation, gerissenen Lieferketten, den betriebswirtschaftlich notwendigen Gewinn zu erwirtschaften. Anstelle auf die Selbstregulierung zu setzen und nur den Rahmen festzulegen, greift der Gesetzentwurf kleinteilig in die Betriebsumstände der Unternehmen ein. Ein solches Gesetz würde eine kontraproduktive Wirkung entfalten. Die hohen Energiekosten und vor allem mit der ausufernden Bürokratie würde zur Verlagerung von Betrieben auch von Rechenzentren ins Ausland führen. Der Gesetzentwurf verstärkt die von Ludwig von Mises beschriebene Interventionsspirale. Durch Staatseingriffe entstehen Probleme, die durch neue Staatseingriffe gelöst werden müssen. Denn es ergeben sich natürlich neue Umgehungstatbestände. Die Investitionssicherheit für Unternehmen wird massiv geschwächt. Durch die in Aussicht gestellten Verschärfungen ab 2027 steht jede Investition unter einem großen Fragezeichen. Kurz noch ein Zitat von Volker Backs, dem Chef von Hydro Aluminium, er sagte in einer Anhörung im Landtag NRW zum Thema Kohleausstieg: „In unserem Fall ist es so, ich denke, ich spreche für weite Teile der Industrie, dass selbst Ersatzinvestitionen derzeit verschoben werden.“ Das war im Juli 2019 bei noch vorhandenem Wirtschaftswachstum. Wir stehen jetzt vor einer Rezession und die Bedingungen haben sich weiter verschlechtert. Das heißt, die Chancen für weitere Investitionen sind weiter gesunken. Das Gesetz ist an sich überflüssig und kontraproduktiv. Montesquieu hat es so formuliert: „Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.“ Ich weise noch einmal darauf hin: Dieses Gesetz würde die Abwanderung und damit auch die Rezession befördern. Danke.

**Der Vorsitzende:** Danke, jetzt ist uns zugeschaltet Herr Hillebrand-Kandzia, bitte.

**SV Gregor Hillebrand-Kandzia (SAENA):** Vielen Dank. Ich hoffe, Sie hören mich jetzt auch im Raum. Das ist gut. Vielen herzlichen Dank für die Einladung. Mein Name ist Gregor Hillebrand-Kandzia von der Sächsischen Energieagentur, vielleicht eine Firma, die nicht ganz so bekannt



ist. Wir sind eine Firma des Freistaat Sachsen, also der Aufbaubank Sachsen oder des Freistaat Sachsen und existieren seit ungefähr 15 Jahren mit dem Ziel, die Themen Energieeffizienz und erneuerbare Energien in Sachsen voranzubringen, und beraten in dem Zusammenhang unabhängig sächsische Akteure, Unternehmen, unter anderem aber vor allem – und deswegen bin ich heute vor allem hier – Kommunen zum Thema Energie. Wir haben in den letzten Jahren, in letzten zehn Jahren etwa, eine ganze Menge Kommunen in Sachsen betreut, also etwa ein Viertel der Kommunen. 100 Kommunen sind in unseren Projekten zum kommunalen Energiemanagement aktiv. Und meine Aufgabe ist heute, die Praxiserfahrungen bei der Betreuung von Kommunen, bei der Datenerfassung, bei der Etablierung eines Energiemanagements Ihnen widerzuspiegeln. Unter anderem neben diesen 100 sächsischen Kommunen haben wir auch ein länderübergreifendes Online-Portal mit weiteren Landesenergieagentur erstellt, welches mittlerweile in zehn Bundesländern und von über tausendfünfhundert Kommunen genutzt wird. Also alles, was ich jetzt erzähle, ist eher aus dem Wissensschwerpunkt Kommunen und aus der praktischen Sicht von Kommunen gesehen bei der Umsetzung.

Wenn man sich das Energieeffizienzgesetz anguckt, ist das auf Kommunen bezogen, besteht das in erster Linie aus drei Themen. Einmal das ganze Thema Datenerfassung. Die Verbrauchsdatenerfassung wird aus unserer Sicht definitiv begrüßt. Die schafft als erstes eine objektive und verlässliche Datenbasis. Alle weiteren Informationen und Themen, die man braucht, also das Thema Datenerfassung, Energieverbrauchsdatenregister, werden aus unsere Sicht als sehr sinnvoll angesehen. Das ganze Thema Energiemanagement-Einführung mit Fokus Kommunen wird ebenfalls von uns als sehr positiv bewertet. Unsere Erfahrungen mit 100 Kommunen haben gezeigt, dass durch ein Energiemanagement durchschnittlich 15 Prozent der Endenergie eingespart wird, vornehmlich durch nicht und geringinvestive Maßnahmen. Allein durch ein Energiemanagement kann eine ganze Menge geleistet werden und es schafft Fachpersonal, erzeugt Ansprechpartner in der kommunalen Verwaltung, bereitet investive Maßnahmen vor, also auch hier wieder, Energiemanagement als Pflichtaufgabe ist nur zu begrüßen. Das ganze Thema Energieeinsparung wird ebenfalls begrüßt.

Wir brauchen neben einem Endenergiemanagement, das nur 15 Prozent Einsparung bringen wird, weitere investive Maßnahmen, um die Effizienzpotenziale vollkommen zu erschließen. Das ist nicht nur durch Energiemanagement möglich, sondern da muss man auch entsprechend investieren. Und dann muss man auch darüber hinaus neben der Energieeffizienz Richtung CO<sub>2</sub>-arme und neutrale Erzeugungstechnologien denken, also noch einen Schritt weiter gehen. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Danke, Martin Kaspar.

**SV Martin Kaspar (VCI)**: Danke. Ich will vielleicht kurz direkt anschließen, weil ich ehrenamtlich selbst kommunaler Mandatsträger bin. Ich kenne die Problemlagen und ähnlich wie in der Kommune, wo man mit einem Energiemanagementsystem Sachen erreichen kann, es dann aber schwierig wird, wenn ich die Schule sanieren muss und dort reingucken muss, wie ich in baulichen Maßnahmen da Sachen erreichen kann im Bereich der Energieeffizienz, die dann sehr viel mehr kosten und die dann Probleme haben, das finanziert zu bekommen. In etwa so kann es auch im Bereich der Industrie laufen. Die Chemieindustrie ist für rund neun Prozent des deutschen Energieverbrauchs zuständig und damit quasi Topnutzer der Energie und damit sind dort natürlich auch viele Potentiale hebbar beziehungsweise auch vielfach schon gehoben worden. Das ist eine Last, wenn man als Grundstoffindustrie in Deutschland tätig ist, dann verbraucht man recht viel Energie. Und das lässt aber nicht minder den Rückschluss zu, dass noch immer extrem viel Potenzial zu heben wäre, weil Sie können sich einen Stahlhochofen vermutlich besser vorstellen, der muss halt bei 800, 1.000 Grad laufen. Ähnlich ist es auch im Bereich der chemischen Prozesse. Unsere sind leider nicht immer ganz so anschaulich, wie aus anderen Branchen. Ich würde gerne Herrn Eggers von Bitkom Recht geben insoweit, dass die pauschale Nutzung von Abwärme, wie sie hier im Gesetzentwurf vorgeschrieben ist oder vorgesehen ist, wir als wenig hilfreich betrachten, weil eben die Abwärmennutzung auch im Zielkonflikt mit anderen investiven Maßnahmen steht, wie ich es gerade versucht hatte, zu beschreiben. Also Investitionsentscheidungen für Energieeffizienz oder für Abwärme in so einem Gesamtkontext betrachtet



werden müssen und hier wird der Bereich Abwärme, Abwärmenutzung herausgelöst und losgelöst davon betrachtet. Das erachten wir für wenig hilfreich auch zur Erreichung von Energieeffizienz einerseits, aber vor allem zur Erreichung der Klimaschutzziele andererseits.

Ich würde auf jeden Fall dafür plädieren wollen, dass Sie noch über eine anlagenbezogene De-minimis-Schwelle nachdenken. Es gibt hier die Schwelle, wenn man 2,5 Gigawattstunden benutzt, dann ist man drin in der Abwärmenutzung. Das Problem ist: Ich muss dann wirklich jede Dunstabzugshaube und jeden Toaster erfassen. Das ist wenig hilfreich. So steht es zumindest bisher im Gesetzentwurf nach unserer Lesart drin. Mit den Veröffentlichungspflichten, das wurde schon angesprochen, sind auch viele Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die dort in diesen Anlagen, in der Wärmenutzung oder Energieeffizienzmaßnahmen schlummern. In der Richtlinie, in der Fassung des Trilogs steht deswegen explizit auch die Ausnahme drin: „außer Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse“. Bitte setzen Sie hier die Richtlinie eins zu eins um. Und last but not least, würde ich Herrn Dr. Bolay recht geben wollen oder unterstützen wollen. Absolute Energieeinsparziele sind kontraproduktiv. Die deutsche chemische Industrie wird allein mindestens doppelt so viel Energie brauchen, wie sie heute braucht, dann aber aus klimaneutralen, grünen Energien oder um mit dem Bundeskanzler als Zitat zu schließen aus seiner ersten Regierungserklärung: „Gute Klimapolitik fordert nicht Verzicht, sondern –

Der **Vorsitzende**: Vielleicht können Sie den Bundeskanzler an einer andere Stelle erwähnen. Sie haben sicher Gelegenheit, Stellung zu nehmen. Als nächstes Frau Köhn bitte.

SV **Marina Köhn** (Umweltbundesamt): Vielen Dank für die Einladung. Wie Jens Gröger forsche ich schon seit zehn Jahren über die Energieeffizienz in den Rechenzentren. Wir forschen auch an Kennzahlen. Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, wir sind uns alle einig, dass wir mit dem Energieverbrauch dringend runter müssen, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Das kann man einmal machen, indem man die großen Energieverbraucher betrachtet. Aber genauso wichtig ist es auch, die in den Fokus zu

nehmen, wo wir jetzt schon erkennen, dass der Energieverbrauch erheblich wächst. Und genau das tut das Gesetz. In den Debatten zur Ist-Situation der Energieeffizienz in den Rechenzentren wird sehr häufig vorgebracht, auch heute wieder, das ist im ureigensten Interesse der Betreiber ist, die Energie möglichst effizient einzusetzen, weil sie eben so teuer ist und weil es viel Energie ist, die die Rechenzentren brauchen. Zur Wahrheit gehört aber, dass gerade die Dienstleistungsrechenzentren die Stromrechnung nicht bezahlen. Das sind die Kunden. Durch Intransparenz sind die Kunden auch kaum in der Lage zu sagen: Ich such mir mal ein Rechenzentrum mit einer besonders hohen Energieeffizienz aus.

Das Zweite ist, das Kerngeschäft eines Rechenzentrums ist eigentlich das Rechnen, Speichern, Daten übertragen. Dieser Bereich steht in keinem Fokus der Energieeffizienz. Und da haben wir die größten Effizienzpotenziale derzeit. Energie wird immer noch dort verschwendet, wenn Server nichts leisten. Und das findet immer noch statt und von daher ist es richtig, dass der Gesetzgeber die IT-Betreiber zwingt, die Auslastung ihrer Rechentechnik zu monitoren und auch darüber Bericht zu erstatten. Auch wenn das Gesetz gerade mal fünf Prozent der Rechenzentren in Deutschland erreicht aufgrund der Größe, die hier im Fokus steht, sind das doch die Rechenzentren, die mindestens zu 50 Prozent am Gesamtenergieverbrauch der Rechenzentren verantwortlich sind. Auch wenn das Gesetz eigentlich den Status quo der Effizienz in vielen Bereichen adressiert, ist es so, dass durch die Pflicht zur Berichterstattung wir endlich einen fairen Wettbewerb zu mehr Energieeffizienz haben. Denn der findet derzeit nicht statt. Das Gesetz stärkt sogar den Standort Deutschland, weil die Rechenzentren energieeffizienter werden. Das auch die Bereiche, die bisher noch gar nicht im Bereich der Effizienz in den Fokus genommen werden, die Potenziale ausfüllen und wir so davon ausgehen können, dass wir in Richtung nachhaltige Digitalisierung immer näher kommen. Das ist die Grundvoraussetzung, dass die digitale Infrastruktur besonders energieeffizient ist. Und auch das ist ein Grund, warum es wichtig ist, im Bereich der Rechenzentren hier mit in den Fokus zu nehmen. Herzlichen Dank.

Der **Vorsitzende**: Danke schön, Herr Madsen, bitte.



**SV Marius Madsen** (HS Niederrhein): Vielen Dank für die Einladung. Sehr geehrte Damen und Herren, mein Name ist Marius Madsen. Ich bin wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Energietechnik und Energiemanagement an der Hochschule Niederrhein in Krefeld. Wir forschen interdisziplinär zu verschiedenen Themen oder Unterthemen zum Überthema Energie. Wir analysieren, modellieren und optimieren Energiesysteme. Und einige Professoren an unserem Institut haben jahrzehntelange Erfahrung in den Bereichen Energieaudits, Energiemanagementsysteme. Das war sehr wertvoll für uns, um die Kurzstudie Energieeffizienzmaßnahmen in der Industrie zu erstellen. Darin sind wir zum Ergebnis gekommen, dass es immense, noch nicht gehobene Potenziale in der deutschen Industrie gibt, die nicht ausgeschöpft werden, die aber mit standardmäßig verfügbaren Energieeffizienztechnologien und bei hoher wirtschaftlicher Zusatzrate gehoben werden können. Das wirtschaftliche Potenzial haben wir mit 410 Terawattstunden ermittelt. Das sind 44 Prozent der gesamten Endenergie, die von der deutschen Industrie gebraucht wird. Um das mal zu veranschaulichen. Das entspricht acht großen Atomkraftwerken und vier LNG-Terminals. Vielleicht zur Erklärung: Wirtschaftliches Potenzial, damit meine ich, Energieeffizienzmaßnahmen, die einen positiven Kapitalwert aufweisen bei einer angenommenen Verzinsung von acht Prozent. Außerdem haben wir ermittelt, dass es ein marktnahes Potenzial gibt von 17 Prozent des Endenergieverbrauchs. Zur Erklärung: das marktnahe Potenzial, damit meinen wir Energieeffizienzmaßnahmen, die sich nach spätestens drei Jahren amortisiert haben. Das Problem ist, dass in der Regel nur diese Maßnahmen durchgeführt werden, sofern sie überhaupt im Unternehmen ermittelt sind. Und der Unterschied zu dem gerade genannten wirtschaftlichen Potenzial ist 250 Terawattstunden. Das sind ungefähr 25 Prozent des Endenergieverbrauchs und dieses Potenzial wird nicht erschlossen, obwohl es wirtschaftlich ist. 25 Milliarden Euro könnten an Energiekosten eingespart werden. Eine Minute habe ich noch. Die gebe ich an meine drei Nachfolger weiter.

**Der Vorsitzende:** Das funktioniert leider nicht, auch wenn es nett gewesen wäre. Dann sprecht ihr euch ab und einer hält einen Monolog. Jetzt ist dran Herr Eberhard von Rottenburg, bitte.

**SV Dr. Eberhard von Rottenburg** (BDI): Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich habe die erste Lesung im Bundestag verfolgt und war beeindruckt, dass 17 Abgeordnete zum Energieeffizienzgesetz gesprochen haben. Auch in Industrie findet dieses Thema besonders viel Aufmerksamkeit, da ist in der Breite alle betroffen. Es gibt ein Paradox: Deutschland hat bei der Effizienz seit 30 Jahren sich sehr stark verbessert. Im Ausland gelten wir als Vorbild. Andererseits diskutieren wir nun ein Gesetz mit detaillierten Vorschriften über Mess-, Berichts- und Planungspflichten, behördliche Stichproben und Bußgeldandrohungen. Daher hat es mich gefreut, dass Vertreter der Regierungskoalition bei der ersten Lesung gesagt haben, dass sie zuversichtlich sind, das Gesetz im parlamentarischen Verfahren noch zu einem guten Gesetz zu machen. Auch gehen sie davon aus, dass Gold Plating verhindert werden muss. Und Effizienz gehe nur mit den Betroffenen und gegen nicht gegen die Betroffenen.

In diesem Sinne möchte ich auf drei folgende Punkte hinweisen: Zum einen auf das Ihnen gut bekannte strucksche Gesetz. Fassen Sie das Gesetz wirklich noch einmal an und nehmen sich dafür die erforderliche Zeit. Ein Augen-zu-und-durch egal wie in ein bis zwei Wochen mit minimalen Änderung führt aus unserer Sicht nicht zu einem guten Gesetz. Zweites Thema Gold Plating. Es ist bekannt: Die wirtschaftliche Lage ist zurzeit schwierig. Wir hatten eine Rezession im Winterhalbjahr. Geopolitisch sehen viele Experten dunkle Wolken über der Zukunft Deutschlands als Industrieland. Das muss aus unserer Sicht Folgen haben für den Detailgrad von Regulierungen. Gold Plating sollte deswegen verhindert werden. In der BDI-Stellungnahme haben wir ausführlich zum Thema Gold Plating was geschrieben, nur einige Stichpunkte. Diese jährliche neue Einsparung von 45 Terawattstunden ist eine deutsche Erfindung. Das Energieeffizienzgesetz sieht ein jährliches Ansteigen dieses Einsparpfades vor. Die Regelung zur Abwärme ist weitgehend eine deutsche Erfindung und auch die Zusatzpflichten bei Energiemanagementsystemen, die quasi noch ein add-on zu der ISO Norm sind, sind auch eine deutsche Erfindung.

Lassen Sie nicht mit – (*Zuruf*) ... nicht europäisch. Lassen Sie mich mit drei Punkten schließen.



Wir möchten anregen und vorschlagen, dass Energieeffizienznetzwerke als Alternativmöglichkeit in das Gesetz aufgenommen werden. Die Unternehmen könnten eine Wahlmöglichkeit bekommen, alternativ einem Netzwerk beizutreten. Zweiter Punkt. Rechenzentren, die nur die Produktion steuern, die keine Dienstleistung für Dritte erbringen, da sollte klargestellt werden, sie sollten befreit werden von den Pflichten für Rechenzentren und sollten den Pflichten allgemein für die Unternehmen nur unterfallen. Letzter Punkt: Das Nebeneinander von Energieeffizienzgesetz und EDL-G sorgt bei Unternehmen für ziemliche Verwirrung. Da kriegen wir ziemlich viele Zuschriften. Sie behandeln ein Thema. Das sollte in ein Gesetz gefasst werden, ohne komplizierte Querverweise. Vielen Dank.

**Der Vorsitzende:** Danke. Dr. Tatjana Ruhl.

**SV Dr. Tatjana Ruhl (DENEFF):** Herzlichen Dank. Bevor wir uns hier in den Details versenken, im Weiteren in dieser Anhörung, vielleicht vorweg zu den grundlegenden Dingen. Deutschland braucht ein ambitioniertes Energieeffizienzgesetz. Wir brauchen das schon ganz lange. Und wir haben es noch nie so sehr gebraucht wie jetzt. Warum ist das so? Alle großen Klimastudien, auf die Herr Burtscher auch schon eingegangen ist, sagen ganz klar: Wir müssen in Deutschland bis 2045 die Hälfte unseres Energieverbrauchs einsparen, sonst reichen die erneuerbaren Energien zum Schluss nicht für alle und wir gefährden unseren Wohlstand wahlweise dadurch, dass Energie unglaublich teuer wird oder dadurch, dass wir die Klimaziele verfehlen. Das heißt, wenn wir uns konsequent diesen Einsparmöglichkeiten widmen, dann ist es sehr wirtschafts- und wachstumsfreundlich. Es ist überhaupt die Voraussetzung dafür, dass wir weiter wachsen können. Deswegen, das ist auch schon lange bekannt, ist es ein langer politischer Konsens, dass Energieeffizienz eine ganz wichtige Rolle bei der Energiewende spielt.

Das Energiekonzept der Bundesregierung, ich rufe es kurz in Erinnerung von 2010. Dort wird Energieeffizienz bereits zur Schlüsselfrage erklärt, damals unter einer Koalition von CDU/CSU und FDP, es ist also wirklich eine parteiübergreifende Sache. Es ist die Frage: Was ist seitdem passiert

seit 2010? Viel zu wenig. Der Endenergieverbrauch stagniert im Moment. Für die Klimaziele muss er sich aber, wie gesagt, bis 2045 halbieren. Das ist technisch und wirtschaftlich gut erreichbar. Wir haben es bei Herrn Madsen gehört. Wir müssen es aber ernst nehmen. Und nur so können wir wirklich sicherstellen, dass wir ein Wirtschaftswachstum sehen können, so wie wir das gewohnt sind. Deswegen müssen wir gucken, dass wir diese Einsparung mit Energieeffizienz erreichen und nicht irgendwann in das Probleme reinlaufen, so wie wir es jetzt letzten Winter hatten, als dann tatsächlich wirklich abgeschaltet worden ist. Das ist nicht die Idee hier hinter. Und damit es in Sachen Energieeffizienz nicht weiter bei Bekenntnissen und Sonntagsreden bleibt, so wie wir das damals im Energiekonzept hatten oder in der Erklärung von Versailles jetzt letzte Woche, brauchen wir unbedingt endlich verbindliche Ziele. Das ist die allerwichtigste Aufgabe dieses Energieeffizienzgesetzes, dass es einen erstmaligen, klaren und verbindlichen Rahmen schafft, damit wir diese Ziele, die wir in der einen oder anderen Form schon länger haben, auch wirklich ansteuern können. Sonst funktioniert das einfach nicht. Das kennt man aus jedem Politikbereich, ohne Ziel keine Instrumente, keine Lösung. Und deswegen bindet dieses Energieeffizienzgesetz auch in allererster Linie die Bundesregierung, nämlich die notwendigen Instrumente zu schaffen, um diese Ziele zu erreichen, zum Beispiel Fördermittel oder Ordnungsrecht, je nachdem was man braucht. Wir halten den Entwurf für ausgesprochen moderat, gerade wenn man bedenkt, dass Deutschland EU-rechtlich verpflichtet ist, eigene originär nationale Energieeffizienzregelungen zu schaffen. Da ist dann noch der Koalitionsvertrag und das Machtwort des Kanzlers.

**Der Vorsitzende:** Ja, vielen Dank. Frau Roscher, bitte.

**SV Marianna Roscher (Kommunale Spitzenverbände):** Vielen Dank, sehr geehrter Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände begrüßen wir den Gesetzesentwurf von seiner Grundausrichtung und zwar sowohl aus klimapolitischen Gründen als auch aufgrund dessen, dass wir unser Energieangebot senken müssen, um die Energie bereithalten zu können für weitere Nutzungsformen, die



uns gerade aufgrund der Sektorkopplung in Zukunft erwarten werden. Dennoch müssen wir hier an bestimmten Punkten anfangen. Wir begrüßen ausdrücklich, dass die explizit kommunalen Verpflichtungen herausgenommen werden, um Raum für die Kommunen und die Länder in einem Konsens zu schaffen, sodass hier landesgesetzliche Regelungen genug Spielraum haben und auch die Klarstellung hinsichtlich der Nicht-Inbezugnahme kommunaler Unternehmen. Sehr wichtig sind zwei Punkte: Und zwar einmal die Stärkung von Quartiers- und Portfolioansätzen. Wenn wir über kommunale Energieeffizienz reden, dann reden wir vor allem um Ertüchtigung von Gebäuden und Infrastruktur wie Beleuchtung. Das sind meistens investive Maßnahmen, die nicht sukzessive zwei prozentmäßig erfüllt werden, sondern hier sind größere Investitionen nötig. Das heißt, ich saniere ein ganzes Haus und erreiche damit vielleicht schon 40, 50 Prozent Energieeffizienz. Aber da ich nicht in der Lage bin, alle kommunalen Gebäude gleichzeitig anzufassen, müssen hier Verrechnungsmöglichkeiten stattfinden. Das heißt, das Ziel bleibt, aber da, wo ich ein Gebäude anfasse, reiße ich nicht das nächste auf. Das ist alleine aus Gründen von Fachkräftemangel überhaupt nicht möglich, so viele Energieeffizienzmaßnahmen zur gleichen Zeit anzufassen. Der Quartiersansatz und ein Portfolio-Ansatz könnten hier helfen.

Und die zweite Frage ist eine sehr wichtige, und zwar die Finanzierungsverantwortung zwischen Bund und Ländern. Wir haben hier zwei Aufgaben, einmal die Datenerfassung. Hier gehen wir nicht davon aus, dass alle Kommunen das alleine schaffen werden, sondern das braucht landesseitige Vorhaben. Und wir brauchen eine effiziente und unbürokratische Lösung, um hier nicht unnötig im Rahmen der Datenerfassung, Personalkosten oder beziehungsweise Personal zu binden. Und gleichzeitig geht es um die Umsetzung der Energieeffizienzmaßnahmen. Das kam hier schon ein-, zweimal zur Sprache. Dafür braucht es Geld, und dafür braucht es Fachpersonal. Beides fehlt in vielen Kommunen. Wenn Bund und Länder hier sich im Rahmen des Bundesgesetzes nicht auf Finanzierungslösungen einigen, dann werden die in aller Regel auf dem Rücken der Kommunen ausgegossen. Und darüber hinaus ist es wichtig, Schulungs- und Beratungsangebote für Kommunen zu erlassen. Und natürlich ein ganz starker Fokus ist

die Förderung von Sanierungs- und weiteren Energieeffizienzmaßnahmen. Die sogenannten angekündigten Klimaboni für Gebäudesanierung schließen Kommunen explizit nicht mit ein, obwohl ihnen doch eine Vorbildwirkung zugeschrieben wird und sie hier besondere Aufgabenstellung haben. Vielen Dank.

**Der Vorsitzende:** Herzlichen Dank, das waren die Eingangsstatements, wir kommen jetzt in die Debatte. Ich wiederhole noch einmal: vier Minuten für Frage und Antwort. Die erste Frage geht an die SPD, Herr Mesarosch, der uns zugeschaltet ist.

**Abg. Robin Mesarosch (SPD):** Vielen Dank. Ich höre mich selber. Daraus schließe ich, dass der Ton funktioniert. Danke schon mal an alle Sachverständigen, ich möchte zuerst Herr Gröger zum Thema Rechenzentren befragen. Die Branche weist seit Jahren auf Herausforderungen am deutschen Standort hin zu unterschiedlichen Punkten. Wir haben es schon gehört, Strompreise zum Beispiel. Gleichwohl ist der Trend ungebrochen, dass Rechenzentren wachsen. Zwischen 2010 und 2022 haben die Kapazitäten gemessen an der Anschlussleistung um 90 Prozent zugenommen. Deswegen ist meine Frage: Wie groß schätzen Sie die Gefahr ein, dass es wegen der Anforderungen zur Abwärmenutzung es jetzt zu einer Abwanderung kommen könnte? Andersrum: Was sind für Sie wesentliche Gründe, warum Betreiber von Rechenzentren weiterhin in Deutschland investieren werden?

**Der Vorsitzende:** Danke für die Frage, Herr Gröger, bitte.

**SV Jens Gröger (Öko-Institut):** Die Sorge, dass Rechenzentren jetzt massenhaft aus Deutschland abwandern, halte ich für unbegründet. Auch jetzt ist es so, dass große Rechenzentrumsprojekte beispielsweise in Frankfurt oder Berlin oder München geplant werden. Und sicher nicht deshalb, weil dort die Immobilienpreise oder die Bodenpreise so günstig sind, sondern weil die Rechenzentren zu ihren Verbrauchern, zu ihren Kunden hin möchten. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Tatsächlich ist es so, dass es für die Auswahl eines Rechenzentrums-Standorts natürlich alle möglichen Kriterien gibt. Eins davon ist die Latenzzeit. Wie lange brauche ich, die Daten zu



übertragen? Aber dann habe ich natürlich auch die Rechtsräume. Es ist auf jeden Fall schick, in Europa ein Rechenzentrum aufzustellen, weil dann bestimmte Gesetze gelten. Aber auch die Nähe zum Kunden und die Erreichbarkeit ist wichtig. Es gibt viele Punkte. Und tatsächlich ist es so, durch die Abwärmenutzungspflicht werden diese Orte eingeschränkt. Auf der anderen Seite entstehen daraus natürlich auch neue Chancen, dass sich Industrien oder Gewerbe zusammenschließen, das Rechenzentrum auf der einen Seite die Trocknungsanlage auf der anderen Seite. Also entstehen dadurch neue Allianzen.

**Der Vorsitzende:** Sie haben noch Zeit, Herr Mesarosch.

**Abg. Robin Mesarosch (SPD):** Die nutze ich gern, Herr Gröger, Sie hatten angeschnitten und konnten nicht abschließen das Thema „Register für Rechenzentren“. Deswegen möchte ich Sie fragen, welche Chancen sehen Sie darin? Gerade für potenzielle Kunden von Co-Location Rechenzentren also, um den eigenen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck zu minimieren oder einen Wettbewerb zwischen Rechenzentren auszulösen?

**Der Vorsitzende:** Herr Gröger.

**SV Jens Gröger (Öko-Institut):** Dieses geplante Register kommt aus der europäischen Richtlinie, aus der entsprechenden Vorgabe. Und tatsächlich ist die Umsetzung so, wie sie jetzt in dem Gesetz vorgesehen ist, eine sehr tolle deutsche Erfindung, nämlich möglichst viel Transparenz herzustellen. Dann wird genau ein Wettbewerb losgetreten um die effizientesten Rechenzentren. Ich kann als Kunde jetzt plötzlich zu einem Rechenzentrum gehen, was besonders energieeffizient ist, was einen sehr kleinen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck hat. Bisher ging es nicht. Bisher hatte ich die Informationen nicht und deshalb wird auch der Standort attraktiver werden. Bisher ist es so, große Rechenzentrumsanbieter nennen erfundene Kennzahlen zu ihrer carbon neutrality, die nicht nachvollziehbar sind. Und durch so ein Register und durch einheitliche Standards diese Zahlen zu erheben, wird genau dieser faire Wettbewerb unter effizienten Rechenzentren erst ermöglicht.

**Der Vorsitzende:** Ganz kurze Frage, Herr Mesarosch.

**Abg. Robin Mesarosch (SPD):** Wenn ich noch Zeit habe, würde ich gerne zu Herrn Madsen wechseln. Vielen Dank für die Antworten. Und Sie fragen allgemein die deutsche Wirtschaft. Welche Gründe sehen Sie, dass wir so viele Energieeffizienzpotenziale bisher noch nicht gehoben haben und sie nicht stärker heben?

**Der Vorsitzende:** Diese Frage ist nicht in fünf Sekunden zu beantworten. Deshalb stelle ich die Frage zurück. Das müssen Sie bei der nächsten Fragerunde machen, Herr Mesarosch. Als nächstes Herr Heilmann, bitte.

**Abg. Thomas Heilmann (CDU/CSU):** Vielen Dank an alle Sachverständige für Ihre aufschlussreichen Ausführungen. Ich würde gerne bei Herrn Eggers nachfragen. Sie hatten in Ihrer Stellungnahme gesagt, dass die Berichtspflichten zu umfangreich sind. Sie haben geschrieben, schriftlich, viele sich überschneidende, irrelevante Berichtsanforderungen. Das steht im Gegensatz zu dem, was Sie, Frau Köhn, gesagt haben. Daher würde ich jetzt gerne Ihnen Gelegenheit geben, auf Frau Köhn zu antworten. Und dann finden Sie die Anforderungen zur Abwärmenutzung falsch, weil zu pauschal. Klar ist, es gibt diese De-minimis-Regelungen und den Vorschlag von Herrn Kaspar, nicht jede Anlage einzubeziehen. Gibt es weitere Kriterien, die Sie vorschlagen, wann es genutzt werden könnte?

**Der Vorsitzende:** Herr Eggers, bitte.

**SV Günter Eggers (Bitkom):** Vielen Dank für die Frage. Zunächst mal sind wir der Meinung, dass ein Energieeffizienzregister und die darin veröffentlichten Informationen dem Thema Energieeffizienz dienen sollten und nicht etwa maßgeblich Informationen über die betrieblichen Zusammenhänge beispielsweise in Co-Location-Rechenzentren oder in anderen Rechenzentren Ausdruck verleihen. Wir haben in der Tat als Branche mit dem Energieeffizienzregister kein grundsätzliches Problem, sondern wir haben immer dann ein Problem, wenn unternehmerische Informationen, die Aufschluss geben über unserer Kunden, die hochsensibel IT betreiben, oder aber auch über Bereiche, die ... – beispielsweise die Größen von



Flächen spielen für Energieeffizienz nach unserem Verständnis überhaupt keine Rolle. Das ist das, was unter anderem gefragt ist. Warum fokussieren wir uns nicht auf die wenigen Parameter, die für Energieeffizienzbetrachtung notwendig sind? Wir müssen in der Tat in die Liste gehen. Ich würde das jetzt ungern in den verbleibenden zwei Minuten und zehn Sekunden machen. Das Thema der Abwärmenutzung ist in der Tat eines der Hauptprobleme des derzeitigen Entwurfes, weil nicht überall da, wo Abwärmenetze oder Abwärmenutzer heute vorhanden sind, ist passender Platz für Rechenzentren. Das liegt unter anderem an den anderen Standortfaktoren. Rechenzentren brauchen relativ viel Strom. Der ist nicht überall verfügbar. Das muss man klar so sagen. Wir würden beispielsweise sehr gerne auch in der Nähe von regenerativen Anlagen uns ansiedeln. Die sind üblicherweise auch nicht unbedingt in der Nähe von Wärmenetzen. Und wenn wir jetzt eine zwanghafte Kopplung zwischen den Rechenzentren und den Wärmenetzbetreibern herstellen wollen, dann führt das dazu, dass viele Kommunen, die in Rechenzentrumsansiedlungen eine Chance sehen, keine Möglichkeit mehr haben, das umzusetzen, solange sie nicht selber für Millionen oder möglicherweise Milliarden Fernwärmenetze aufbauen. Wir haben bei der ganzen Standortfrage, die hier unmittelbar betroffen wird, haben wir unter anderem auch das Thema, dass einige Rechenzentren zwangsläufig da benötigt werden, wo keine Abwärmenutzungsmöglichkeit besteht. Ich denke beispielsweise an die sogenannten Netzknoten, die nach jetziger Definition auch immer noch Rechenzentren sind, die aber da stehen, wo große Infrastrukturen, Glasfasernetze, Mobilfunknetze zusammenkommen und quasi deren Daten verteilt werden. Ich glaube nicht, dass es eine gute Idee ist, den Ausbau der Gigabit-Netze davon abhängig zu machen, wie die Fernwärmenutzungsmöglichkeiten bestehen. Das halte ich für hochfahrlässig. Wir müssen uns vor Augen halten, nur circa 15 Prozent der Haushalte in Deutschland werden mit Fernwärme geheizt. Das heißt, dass an den anderen 85 Prozent, wo Haushalte existieren, sollen zukünftig keine Rechenzentren mehr gebaut werden dürfen. Das finden wir zumindest als Ansatz für die Digitalpolitik sehr seltsam. Und wir müssen nüchtern konstatieren, dass die Defizite, die wir in der Fernwärmebeschaffung haben oder

in einem Fernwärmeausbau durch die Rechenzentren auch nicht gelöst werden können. Im Gegenteil dazu: Die Rechenzentren sollen dafür sorgen, dass wir künstliche Intelligenz bauen können, dass die digitale Verwaltung, auch gerne immer wieder zitiert, vorankommt und dass beispielsweise auch die Möglichkeiten, CO<sub>2</sub>-Footprint zu reduzieren, in Rechenzentren idealerweise auch in Deutschland stattfinden.

**Der Vorsitzende:** Danke, Herr Eggers. Frau Uhlig, bitte.

**Abg. Katrin Uhlig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herzlichen Dank für die Möglichkeit, hier Ihnen direkt Fragen stellen zu können. Meine ersten Fragen gehen an Frau Dr. Ruhl. Die eine Frage ist zum Thema Ambitionsniveau. Wir haben im Gesetz selber einen Pfad beschrieben, der auch über die Ziele 2030 hinausgeht. Wie bewerten Sie das? Sehen Sie da Nachschärfungsbedarf? Es wird oft in der Diskussion aufgerufen, dass Unternehmen durch das Gesetz zu stark begrenzt werden. Die würden ja ohnehin schon aktiv werden, wenn es sich lohnt. Könnten Sie dazu noch mal konkretisieren? Danke schön.

**Der Vorsitzende:** Frau Dr. Ruhl bitte.

**SV Dr. Tatjana Ruhl (DENEFF):** Sehr gern. Zum Ambitionsniveau wäre zu sagen, dass es im Moment eins zu eins aus der Energieeffizienzrichtlinie übernommen ist. Die Energieeffizienzrichtlinie als EU-Recht strebt ein Klimaneutralitätsziel von 2050 an. Allein deswegen reicht das schon nicht, weil in Deutschland wollen wir 2045 klimaneutral sein. Und es fehlen auch entsprechende Ziele über 2030 hinaus. An der Stelle muss auf jeden Fall genug noch dahinter. Und wenn man die Unternehmen betrachtet, die Fragestellung, warum brauchen wir dieses Energieeffizienzgesetz an der Stelle eigentlich? Warum sind diese riesigen Potenziale, die Herr Madsen angesprochen hat, warum sind die nicht gehoben? Und inwiefern könnte dieses Gesetz Entlastung oder Belastung für Unternehmen sein? Erstmal grundsätzlich: Energieeffizienz ist gut für die Wirtschaft. Energieeffizienz stärkt den Standort. Energieeffizienz macht Unternehmen resilienter. Wir haben gehört, wir müssen bis 2045 insgesamt die Hälfte unseres Energieverbrauchs einsparen. Bei Unternehmen



ist es weniger, die müssen nur 20 Prozent einsparen, damit das funktionieren kann. Da ist Wachstum einkalkuliert. Grundsätzlich funktioniert das schon mal alles gut. Es funktioniert nur in Deutschland noch nicht, weil wir einfach keine klaren Regelungen dafür haben. Wir haben bisher nur gesagt: Ja, es wäre schön, wenn was passiert. Mit diesem „es wär schön“, haben wir 1,4 Prozent Energieproduktivitätssteigerung geschafft. Mit der Energieproduktivität, wie es insgesamt in Deutschland ist, sind wir bei weitem kein Vorbild mehr in Europa. Wir sind auf Platz 11, was die Energieeffizienz der Industrie angeht, hinter Ländern wie Litauen oder Rumänien. Da ist also gut was zu holen. Und wir müssen auf eine Produktivitätssteigerung von etwa 3 bis 4 Prozent kommen, damit wir zum Schluss wirklich diese Klimaziele an der Stelle erreichen können. Und das ist zum Schluss eben auch gut für die Wirtschaft, weil sie dieses Geld an einer anderen Stelle verwenden können. Das ist hier kein Klimagesetz in erster Linie, das ist ein Gesetz, das die Wirtschaft resilient machen kann. Das ist ein Wachstumsgesetz. Ansonsten noch mal zu der Frage: Warum machen die Unternehmen das nicht von ganz alleine? Vor einigen Jahren hat ein Wirtschaftsprofessor namens Kahneman den Wirtschaftsnobelpreis dafür bekommen, zu beschreiben, wie Unternehmen auch an der Stelle intern ticken. Das ist übertragbar auf die sogenannten Energy efficiency gaps. Das sind insbesondere organisationssoziologische und wirtschaftspsychologische Dinge, die im Unternehmen passieren. Die Frage: Landen die Informationen an der richtigen Stelle, beim Richtigen, der auch entscheiden soll? Wie wird mit Risiken umgegangen? Wie werden Dinge beurteilt? Da gibt es eine ganze Menge Hemmnisse tatsächlich auch intern, die bedingen, dass wir in irgendeiner Form Rahmensetzung brauchen. Danke.

**Der Vorsitzende:** Danke. Die nächste Frage geht an Herrn Hilse von der AfD.

**Abg. Karsten Hilse (AfD):** Meine Frage geht an Herrn Hennig, aber eine kurze Vorbemerkung: Aus meiner Sicht macht man sich lächerlich, wenn selbst der Deutsche Wetterdienst sagt, dass die Katastrophe im Ahrtal nichts mit dem Klimawandel zu tun hat. Man macht sich lächerlich, wenn man das hier ständig behauptet. Man macht sich auch lächerlich, wenn man sagt, die Dürre

würde Waldbrände auslösen. Also schauen sich einfach mal die Zahlen an, bei welchen Temperaturen Waldboden sich selbst quasi entzündet. Das ist so gut wie immer fahrlässige oder vorsätzliche Brandstiftung. Aber um zum Gesetz zu kommen, Herr Eggers und Herr Kaspar, wie Sie auch, Herr Hennig, hatten schon dargelegt, dass die Wirtschaft in der Zwischenzeit einfach dazu gezwungen ist, sehr effizient zu arbeiten. So wenig wie möglich Ressourcen zu verschwenden, so wenig wie möglich Energie zu verschwenden, weil sie so teuer geworden ist. Sie sind auch schon darauf eingegangen, auf die Folgen für unsere Industrie. Wie sehen Sie es, welche Folgen sehen Sie für die Wirtschaft und auch für die Rezession oder das Wirtschaftswachstum, wenn dieses Gesetz denn letztendlich Rechenzentren zum Beispiel dazu zwingt, große Investitionen zu machen, um letztendlich die Abwärme nutzen zu müssen? Die meisten machen es sowieso.

**Der Vorsitzende:** Danke. Herr Hennig.

**SV Frank Hennig:** Das Investitionsklima im Land ist natürlich deutlich schlechter geworden. RWE-Chef Krebber gegenüber BILD: „Wir sehen erste Anzeichen einer Deindustrialisierung.“ Herr Kullmann, Vorstandsvorsitzender von Evonik, spricht von einem energiepolitischen Desaster. Wir haben Zurückhaltung bei Investitionen. Infineon verlangt jetzt in Magdeburg zehn Milliarden Euro Steuergeld. Und Elon Musk ist ja nicht nach Deutschland gekommen, weil es sich hier so prima produziert, sondern er wollte mit der Gewalt des Geldes ein Zeichen setzen im Mutterland des Automobils. Wenn ich hier höre, wie viel Einsparpotential genannt wird an Prozenten oder auch an Zahlen, dann wundere ich mich schon etwas, wo die konkreten Vorschläge bleiben. Dann könnte die Hochschule Niederrhein in die Unternehmensberaterbranche gehen, die Unternehmen beraten, konkrete Vorschläge machen. Sie könnten Mittel einwerben ohne Ende. Es gibt bei den technologischen Besonderheiten natürlich Grenzen. Zum Beispiel beim Einsatz von Elektrowärme zur Aluminiumherstellung. Die Energieumwandlung Strom zu Wärme erfolgt immer mit einem Wirkungsgrad von nahe 100 Prozent. Da lässt sich nichts mehr heben. Das ist der Grund, weshalb große Teile der Aluminiumindustrie in Deutsch-



land schon stillstehen. Die haben die Energiepreissignale sehr wohl verstanden. Ich würde darum bitten, dass man Unternehmen, wie denen in der Aluminiumbranche, schon einige Hinweise geben. Nach Angaben des BDI will jeder sechste Industriebetrieb Produktion ins Ausland verlagern. Das betrifft auch Produktionen, die dringend gebraucht wurde. Wir haben keine Rotorblattherstellung mehr in Deutschland. Die Betriebe Lauchhammer und Rostock sind zu. Wir müssen auch die Rotorblätter für die Windkraftanlagen importieren. Die Stahlurmherstellung in Fürstenwalde und Magdeburgs ist zu. Der Spezialgusshersteller für Windkraftanlagen Heger in Rheinland-Pfalz ist insolvent. Der Windkraftgetriebehersteller Eickhoff hat auch zwei Werke geschlossen. Wir werden davon importieren müssen und haben damit unsere Abhängigkeit von Russland auf China umgehängt. Mehr passt nicht in die Zeit. Danke.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Herr Kruse bitte, FDP.

Abg. **Michael Kruse** (FDP): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! Ich würde gerne als erstes an Herrn Kaspar die Frage stellen, wie er die absoluten Einsparwerte für Primär- und Endenergieverbräuche bewertet, die hier im Gesetzentwurf drin stehen und welchen Einfluss sie auf die deutsche Wirtschaft haben?

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Kaspar bitte.

SV **Martin Kaspar** (VCI): Herzlichen Dank. Wie eingangs erwähnt, bewerten wir diese absoluten Einsparziele durchaus sehr kritisch, weil – wie verschiedene Vorredner schon ausgeführt haben – Effizienz nicht zwingend mit Einsparziele immer gleichzusetzen sein sollte. Das wird hier in der Richtlinie getan, was wir leider schon für eine Fehlentscheidung halten und zieht sich dann leider konsequenterweise hier im Gesetzentwurf fort. Es ist jetzt so, in der chemischen Industrie, für die ich hier Auskunft geben kann, für die gesamte Industrie vermutlich Herr vor Rottenburg, für die chemische Industrie ist es beispielsweise so, dass wir verschiedene Prozesse haben. Die laufen bei 800, 1.000 Grad Celsius. Die müssen 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche vom Prinzip her durchlaufen. Effizienz gewinnen Sie nur dadurch,

wenn Sie da die Temperaturen ein bisschen drosseln. Dann produzieren wir aber auch erheblich weniger und haben Energie eingespart, sind aber dadurch ineffizienter, weil ja weniger Output rauskommt. Deswegen ist es ein Widerspruch, der hier in dem Gesetzentwurf verankert ist, und dadurch aus unserer Sicht wenig hilfreich. Insbesondere ist er wenig hilfreich, wenn wir klimaneutral werden sollen. Gerade in der chemischen Industrie brauchen wir Wasserstoff in großen Mengen. Und da ist es so, dass wir den heutzutage einfach vom Prinzip aus Erdgas ziehen. Das können und dürfen wir nicht mehr spätestens 2045. Soweit so gut, dann müssen wir ihn aus der Wasserelektrolyse holen, soweit auch so gut. Der Wirkungsgrad von 70, 80 Prozent, das ist tendenziellen aus chemischen und physikalischen Gesetzmäßigkeiten nicht erheblich weiter steigerbar. Und dann brauche ich einfach mehr Energie, insbesondere durch eine vermehrte Wasserstoffnutzung. Die Bundesregierung geht nach meiner Kenntnis auch von einem erheblichen Wasserstoffbedarf oder einem Hochlauf aus, den Sie sich zu Recht auf die Fahne schreibt. Und wir brauchen dadurch einfach allein als chemische Industrie, wenn wir den Produktionslevel auf dem aktuellen Stand einfach nur halten wollen, sehr viel mehr Energie. Deswegen bewerten wir diese absoluten Einsparziele als auch für die Klimaneutralität sehr hinderlich.

Der **Vorsitzende**: Erlauben Sie ganz kurz die Frage, das geht nicht von Ihrer Zeit ab, aber haben Sie von 800 bis 1.000 Grad oder 800.000 Grad gesprochen?

SV **Martin Kaspar** (VCI): 800.000 Grad wäre ein bisschen sportlich, 800 bis 1.000 Grad.

Der **Vorsitzende**: Das wäre ein bisschen warm geworden. Herr Kruse bitte.

Abg. **Michael Kruse** (FDP): Diese Nachfrage sagt mehr über den Fragesteller aus als über den Experten.

Der **Vorsitzende**: Wir waren uns nicht einig, was wir gehört haben. Vielleicht die Technik ist weiter als wir manchmal.



Abg. **Michael Kruse** (FDP): Nun ist meine Frage-  
runde. Also, ich halte mal fest, was wir von unse-  
ren Experten gerade gehört haben. dass der Hoch-  
lauf der Wasserstoffwirtschaft, den wir hier im  
Raum alle miteinander wollen, erheblich durch  
dieses Gesetz beeinträchtigt werden könnte. Ich  
würde gerne angesichts der Kürze der Zeit Frau  
Dr. Ruhl noch gerne einmal Fragen. Sie haben  
über die Energieeffizienz in Deutschland ausge-  
führt und ich habe mich darüber sehr gewundert.  
Nach meinem Kenntnisstand gehören wir zu den  
energieeffizientesten Produktionsstandorten der  
Welt. Wenn man Energieeffizienz betrachtet als  
Ausstoß pro 1.000 EUR BIP. Die Studien, die ich  
dazu kenne, sehen Deutschland allesamt im Spit-  
zenfeld. Wir sind nicht ganz an der Spitze, weil  
wir in Deutschland sehr CO<sub>2</sub>-intensive Energie-  
produktion haben derzeit. Deswegen würde ich  
mich freuen, wenn Sie uns einmal kurz sagen  
können, woher denn Ihre Zahlen stammen oder  
worauf Sie sich beziehen.

Der **Vorsitzende**: Das müssten Sie jetzt in 15 Se-  
kunden hinkriegen.

SV **Dr. Tatjana Ruhl** (DENEFF): Sehr gern, kriege  
ich hin. Das sind Eurostat-Daten, die haben das  
tatsächlich sehr genau aufgeschlüsselt. Und das  
Angenehme ist, das ist sogar strukturbereinigt.  
Das heißt zu Fragestellungen wie: Habe ich einen  
erhöhten Dienstleistungssektor in einem Land wie  
zum Beispiel in Irland, das ist alles schon heraus-  
gerechnet, es sind Eurostat-Daten, die ich vorhin  
genannt habe.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Frau Ruhl. Die  
nächste Frage geht an Herrn Lenkert von der  
Linken.

Abg. **Ralph Lenkert** (DIE LINKE.): Vielen Dank,  
Herr Vorsitzender, meinen Dank an die Sachver-  
ständigen. Meine Frage geht an Dr. Burtscher. Der  
vorgelegte Gesetzentwurf enthält keine ver-  
pflichtenden Maßnahmen zur Erreichung der Effi-  
zienzziele von Unternehmen. Was halten Sie von  
dieser freiwilligen Selbstverpflichtung und wel-  
che Anpassung schlagen Sie vor? Wie kann zu-  
dem das volle Potential von Energieaudit-Syste-  
men genutzt werden?

Der **Vorsitzende**: Herr Dr. Burtscher, bitte.

SV **Dr. Leonard Burtscher** (Umweltinstitut  
München e. V.): Ich danke für die Frage. Ich hatte  
es schon im Eingangsstatement gesagt, dass leider  
nur relativ freiwillige Selbstverpflichtungen und  
Pläne und so weiter vorgesehen sind im Energieef-  
fizienzgesetz, und die reichen eben nicht aus. Das  
haben wir in den letzten Jahren gesehen, wenn  
wir uns nur selbst alle möglichen Ziele setzen,  
aber das nicht mit tatsächlich verbindlichen Maß-  
nahmen auch untermauern, dann kommen wir  
nicht weiter. Das sieht man bei den ganz großen  
Klimazielen, wo wir eigentlich alle auf 1,5 Grad  
der Erderhitzung beschränken wollen. Trotz alle-  
dem steigt der CO<sub>2</sub>-Ausstoß sogar noch an. Er ist  
dieses Jahr so hoch wie noch nie. Da muss definit-  
tiv eine konkrete Maßnahme her, um auch tat-  
sächlich die Energieeffizienz, in diesem Fall tat-  
sächlich den gesamten Energiebedarf zu limitie-  
ren. Da ist derzeit eben in diesem Paragraph 9 nur  
eine Pflicht zur Erstellung von Plänen. Die Pläne  
müssen zertifiziert und veröffentlicht werden,  
aber sie müssen nicht umgesetzt werden. Und  
man fragt sich schon: Warum macht man diesen  
großen Rahmen auf, wenn am Schluss dann doch  
nur eine irgendwie recht unverbindliche Ge-  
schichte da ist? Die Pläne, also die Energieman-  
agementsysteme, die auch mit erwähnt sind, die  
gelten auch tatsächlich nur für die allergrößten  
Unternehmen ab 15 Gigawattstunden. Wir hatten  
vorhin von Herrn Hillebrand-Kandzia gehört von  
der Sächsischen Energieagentur, dass allein der  
Einsatz von Energiemanagementsystemen schon  
15 Prozent Energie einsparen kann. Das kann ich  
mir sehr gut vorstellen. Alleine wenn man sich  
bewusst wird, welchen Energiebedarf man hat im  
Unternehmen, dann hilft es schon, einfach aus ei-  
ner Gaming-Perspektive zu sagen: Hier und da  
kann man ein bisschen schrauben. Nur ab  
15 Gigawattstunden haben die meisten Unterneh-  
men bereits Energiemanagementsysteme. Das  
heißt, auch an dieser Stelle hat das Energieeffi-  
zienzgesetz keinen Mehrwert. Und um sich die  
Größenordnung mal vorzustellen. Wir schlagen  
in unserer Stellungnahme vor, dass man Energie-  
effizienzmaßnahmen, Energiemanagementsysteme  
ab einer Gigawattstunde für Unternehmen einfüh-  
ren sollte. Auch das ist schon etwas zehn bis  
100-fache des Energiebedarfs eines normalen Pri-  
vathaushalts. Sagen wir ein paar 1.000 Kilowatt-  
stunden Strom plus, was weiß ich, 10.000 bis  
15.000 Kilowattstunden Wärme, wie sie meistens



heutzutage noch sind durch eine Gasheizung, mitrechnet, dann kommt man auf so einen Energieverbrauch. Das heißt bei einer Gigawattstunde bei den kleineren Unternehmen hätten wir das zehn bis 100-fache eines Privathaushalts. Und da kann man wirklich sagen, da kann man mal drüber nachdenken, was der Energieverbrauch sein sollte. Das könnte zum Beispiel gelingen, indem man Energieauditsysteme auch deutlich vereinfacht, gerade für kleine Unternehmen da nicht so ein komplexes Zertifizierungsmodell macht, also vielleicht an einer neuen DIN-Norm arbeitet, die das so weit vereinfacht, dass man einfach wenigstens mal die Zahlen aufschreibt über die Jahre hinweg und vergleicht. Außerdem schlagen wir vor, dass Energiemanagementsysteme erweitert werden, sogar auf Umweltmanagementsysteme, um auch F-Gase und andere klimawirksame Bestandteile mitzunehmen. Das ist grad bei Rechenzentren, auf die wir noch kommen werden, von Bedeutung. Ich wollte dazu noch ganz kurz auf die Bußgelder eingehen, die vorhin erwähnt worden sind, dass das alles so schlimm ist und sogar bußgeldbewehrt ist. Die Bußgelder, die drinstehen im Gesetz, sind ja 50.000 Euro, in manchen Fällen 100.000 Euro. Das ist nicht besonders viel, wenn man das mit der Datenschutzgrundverordnung – Sie lachen, aber wenn Sie das mit der Datenschutzgrundverordnung vergleichen, da sind die Bußgelder am Unternehmensumsatz orientiert. Und dann kriegt man dann eben auch Größen wie Google dazu, dass sie sich für Datenschutz interessieren. Da muss man mit 50.000 Euro um die Ecke kommen. Und einen ganz kurzen letzten Kommentar in Richtung Herrn Kruse: Ja, natürlich, wir wollen auch die Wasserstoffnutzung. Das ist die Zukunft, gar keine Frage. Aber die müssen wir eben effizient einsetzen, nicht für so Dinge wie E-Fuels oder Heizungen, sondern für die Dinge, wo wir tatsächlich Wasserstoff brauchen. Und dann wird es auch mit der Energieeffizienz was. Danke.

**Der Vorsitzende:** Danke. Damit sind wir in der zweiten Runde. Und wir sind damit bei drei Minuten für Frage und Antwort. Die erste Frage geht an Herrn Mesarosch von der SPD.

Abg. **Robin Mesarosch** (SPD): Ich habe sie ja praktischerweise schon gestellt, aber nochmal, Herr Madsen, die allgemeine Frage: Warum glauben

Sie, hat die deutsche Wirtschaft viele Energieeffizienzpotenziale bisher noch nicht gehoben, die es denn gäbe Ihrer Aussage nach?

**Der Vorsitzende:** Herr Madsen bitte.

**SV Marius Madsen** (HS Niederrhein): Dankeschön, das hat verschiedene Gründe. Was man in der Praxis bei den Energieaudits beobachten kann, ist zum Beispiel, dass eine fehlende Motivation da ist. Also nicht alle Unternehmen sind dazu bereit, Tagesgeschäft ruhen zu lassen, um sich um Energieeffizienz zu kümmern. Um das mal so zu sagen. Das heißt, man hat ganz oft eine andere Priorisierung. Außerdem wissen manche Unternehmen gar nicht, was für Energieeffizienzpotenziale da sind. Angenommen Sie haben ein Aluwerk und einen Wirkungsgrad von 100 Prozent von elektrisch zu Wärme, dann wissen manche Unternehmen gar nicht, dass sie die Abwärme nutzen können, als einfaches Beispiel. Außerdem gibt es das Problem, dass viele Unternehmen die Amortisationszeit als Berechnungsmethode nutzen, um Energieeffizienzmaßnahmen zu bewerten. Und das ist ein Problem, weil die Energieeffizienzmaßnahmen wirken lange. Das wird oft unterschätzt. Also ich finde, man sollte diese Maßnahmen eher mit dem Kapitalwert bewerten oder mit der Kapitalwertmethode. Genau.

**Der Vorsitzende:** Danke. Herr Mesarosch, Sie können nochmal nachfragen.

Abg. **Robin Mesarosch** (SPD): Bei Ihrem Vorredner ging es um die Energie- und Umweltmanagementsysteme. Ab welcher Größenschwelle, glauben Sie, rechnen sich die für Unternehmen? Und warum – ähnliche Frage – nutzen viele Unternehmen noch nicht die Chance, solche Systeme einzuführen?

**Der Vorsitzende:** Herr Madsen.

**SV Marius Madsen** (HS Niederrhein): Also man kann ungefähr sagen, dass bei einem Energieverbrauch von ... oder bei Energiekosten von einer Million Euro ein Energiemanagementsystem nach ISO 50001 Sinn macht. Als Daumenregel kann man sagen, dass ein Energiemanagementsystem fünf Prozent Energieeinsparung erwirkt. Und auf der anderen Seite hat man natürlich Kosten. Man



kann kalkulieren mit einer Drittel-Stelle. Also sagen wir mal 30.000 Euro im Jahr. Dazu kommen im ersten Jahr noch Kosten wie Zertifizierung oder der Kauf von Messtechnik. Das heißt, wenn wir diese fünf Prozent Einsparung mit den Kosten von Energiemanagementsystemen gegenüberstellen, wäre eine Million Euro eine relativ robuste Grenze.

**Der Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Damit kommen wir zur CDU/CSU. Die nächste Frage geht an Herrn Dr. Gebhart.

**Abg. Dr. Thomas Gebhart (CDU/CSU):** Vielen Dank. Ich hätte eine Frage an Herrn Bolay. Es ist ja in dem Gesetz vorgesehen, dass Unternehmen Umsetzungspläne erstellen sollen oder müssen. Diese Umsetzungspläne müssen durch einen Zertifizierer bestätigt werden, müssen dann veröffentlicht werden und gegebenenfalls gegenüber der Behörde auch nachgewiesen werden. Und mich würde mal eine Einschätzung von Ihnen interessieren, wie Sie diese Vorgaben bewerten, insbesondere mit Blick auf Aufwand und Ertrag dieser Maßnahmen.

**Der Vorsitzende:** Danke, Herr Doktor Bolay.

**SV Dr. Sebastian Bolay (DIHK):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Danke für die Frage, Herr Gebhart. Wir hatten ja schon das Thema Fachkräftemangel. Das betrifft vor allem auch Auditoren und Zertifizierer. Und es betrifft natürlich auch das Fachpersonal in den Unternehmen. Es ist nicht so, dass die sich irgendwie langweilen würden. Die haben eine ganze Menge zu tun. Ich nehme Sie jetzt mal mit in den Betrieb rein. Ohne Umsetzungspläne kommt der Auditor und schaut sich an, was haben Sie gemacht, müssen ihm vorlegen, was Sie getan haben, müssen vielleicht auch begründen, warum Sie manche Sachen nicht getan haben. Im Übrigen wird, sofern Ihr Managementsystem zum Einsatz kommt, wird auch die Kapitalwertmethode heute schon angewandt. Also es ist nicht so, dass die da nur mit Amortisationsrechnungen unterwegs sind. So dann wird ihnen der Zertifizierer das bestätigen. Nach drei Jahren haben Sie immer die große Rezertifizierung und dann zwischendrin haben Sie Zwischenaudits. Mit dem Umsetzungsplänen ist es eine große Frage, ob Ihr Auditor Ihnen auch die Umsetzungspläne bestätigen kann, weil die

nämlich deutlich oder ein Stück weit drüber hinausgehen über das, was nach einem Managementsystem oder einem Energieaudit gefordert ist. Sie brauchen also gegebenenfalls noch einen zweiten Auditor, der noch kommt. Das heißt, um Ihnen dann zu bestätigen, dass die unwirtschaftlichen Maßnahmen, das ist ja genau definiert auch im Gesetzentwurf, was unter „unwirtschaftlichen Maßnahmen“ zu verstehen ist, der muss Ihnen also auch noch mal auditieren, dass Ihr Auditor erstens richtige Arbeit gemacht hat und zweitens die unwirtschaftlichen Maßnahmen tatsächlich unwirtschaftlich sind. Das bindet also erhebliche Potenziale auch bei Auditoren und Zertifizierern und auch im Unternehmen. Deswegen sind die Umsetzungspläne, die bringen keinerlei Mehrwert für die Energieeffizienz. Wir haben es gehört, Frau Ruhl hat gesagt, drei bis vier Prozent Energieproduktivitätssteigerung bräuchten wir, das ist tatsächlich so. Wenn wir das Endenergieeffizienzziel, das wir uns für 2030 gesetzt haben, erreichen wollen, müssen wir diese Werte erreichen, um überhaupt noch ein Wirtschaftswachstum auf dem heutigen Niveau auch haben zu können. Und hierüber solche Umsetzungspläne, Zertifizierer und Auditoren und Fachpersonal in den Unternehmen zu binden, halten wir hier für keine gute Idee.

**Der Vorsitzende:** Danke. Frau Uhlig, Sie wollen auch die zweite Frage stellen? Bitteschön, Frau Uhlig von den Grünen.

**Abg. Katrin Uhlig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ganz herzlichen Dank. Meine erste Frage richtet sich an Frau Köhn vom UBA. Es sind PUE-Werte im Gesetz vorgesehen. Halten Sie die für realistisch machbar? Was sind die Standards aktuell in der Branche? Und könnte man da ambitionierter vorgehen? Und die zweite Frage im Anschluss an die Frage von Herrn Mesarosch würde ich nochmal an Frau Dr. Ruhl stellen. Warum ist es bisher noch nicht gelungen, in Deutschland mehr Energieeffizienz umzusetzen? Sie hatten schon mal davon geredet, dass Informationen nicht dort angekommen. Könnten Sie das noch mal etwas weiter ausführen? Danke.

**Der Vorsitzende:** Frau Köhn, bitte.

**SV Marina Köhn (Umweltbundesamt):** Herzlichen Dank für die Frage. Diese Werte, die im Gesetz



niedergeschrieben sind für Bestandsrechenzentren, da geben selbst Institute wie das Uptime Institut bekannt, dass die bereits heute erreichbar sind. Das Gesetz sagt sogar, dass die Rechenzentren, die vor dem 01.07.2026 in Betrieb gehen, dann erst 2027 diese PUE-Werte erreichen müssen. Daran kann man schon mal sehen, dass es nun wirklich nicht ambitioniert ist. Und auch die für neue Rechenzentren, auch da gibt es Zahlen, dass hier bereits heute PUE-Werte von 1,3 durchaus erreichbar sind und auch angestrebt werden. Und man muss immer sagen, diese Kommastelle danach bedeutet immer, das ist der Energieverbrauch, der zusätzlich zum Betrieb der IT notwendig ist. Wenn ein PUE-Wert von 1,5 bedeutet, ich muss 50 Prozent der Energie zusätzlich aufwenden, dass die Energie, also, dass die Server betrieben werden können, die IT-Technik betrieben wird. Von daher ist das nicht ambitioniert.

**Der Vorsitzende:** Danke. Frau Doktor Ruhl, bitte.

**SV Dr. Tatjana Ruhl (DENEFF):** Das Hauptproblem ist, dass das Effizienzwissen im Unternehmen noch zu selten und auch nicht mit genügend Vehemenz bei den Entscheidern landet, um es ganz kurz zusammenzufassen. Es ist schon viel Wissen da durch die Energiemanagementsysteme, auch die Audits. Alle Unternehmen haben mehr oder weniger Checklisten, auf denen draufsteht, was sie für sinnvolle Maßnahmen durchführen könnten, viele davon auch analog zu den Potenzialen, die hier bereits genannt sind. Aber zum Schluss wird nichts gemacht. Und da hat man in Deutschland schon einige gute Ansätze gesehen. Wir haben die EnSimiMaV, die Mittelfristverordnung, wo erste Umsetzungspflichten, erste moderate Umsetzungspflichten für Unternehmen drin sind. Wir haben Umsetzungspflichten als Gegenleistung für diverse Vergünstigungen, zum Beispiel bei der Strompreiskompensation. Und das ist das, was es offensichtlich braucht, bis ein Management auch wirklich sagt: Okay, das sind ja total wirtschaftliche Maßnahmen. Die bringen mir ja sogar was. Dann mach ich das wohl jetzt mal. Und das heißt, ohne einen gewissen Nachdruck kommt es zumindest in der Breite in den Unternehmen, im Management nicht an. Also einzelne Unternehmen immer ausgeschlossen. Viele haben auch schon vieles gemacht, aber wir wollen hier für die gesamte Wirtschaft was machen und dafür

braucht es dann zum Schluss ein Gesetz.

**Der Vorsitzende:** Herzlichen Dank, die nächste Frage geht an Herrn Hilse, AfD.

**Abg. Karsten Hilse (AfD):** Was wir hier sehen, ist natürlich ein wenig absurd, weil die Bundesregierung selbst nicht eine effiziente Stromproduktion bevorzugt. Eine effiziente Stromproduktion würde bedeuten, mit sehr wenig Ressourcen, mit sehr wenig Platz und mit sehr wenig Energiebedarf und, wie gesagt, auf sehr wenig Platz vor allen Dingen, Strom zu produzieren mit einem hohen Effizienzgrad. Nun wissen wir, dass die Effizienz gerade von zum Beispiel Fotovoltaik Anlagen und Windindustrieanlagen bei weitem nicht an die Effizienz zum Beispiel von Kohlekraftwerken oder Kernkraftwerken heranreichen. Deswegen ist es schon ziemlich absurd, dass sie selber nicht effizient ist, beziehungsweise eine effiziente Stromproduktion bevorzugt, aber andere dann sozusagen den kleinsten, die Kommastelle oder die Zahl hinter der Kommastelle von den anderen abverlangt. Nun ist es so, dass im Gesetz auch steht, in der Begründung steht drin, dass die Bundesregierung die Energiepreissignale als zu schwach ansieht, aber gleichzeitig Unternehmen bei den Energiekosten unterstützen würde. Das ist ja letztendlich auch wiederum ein Widerspruch. Können Sie mal darauf eingehen, wo aus Ihrer Sicht ungenutzte Einsparpotenziale eher gebe als die Nutzung von Abwärme. Letztendlich müssen wir das alles insgesamt sehen und nicht sozusagen uns dieses Kleinteilige heraussuchen, sondern wirklich, wo könnten wir wirklich Energie einsparen?

**Der Vorsitzende:** Danke. Sie haben es nicht gesagt, aber die Frage geht an Herrn Hennig? Ok.

**SV Frank Hennig:** Zu den Einsparpotenzialen kann ich keine Angaben machen, aber es gibt genug Sachverständige hier, die das können. Aber vielleicht nochmal als Ergänzungen zum Thema der Verbrauchsbegrenzung, diese wird sich nicht nur durch das Gesetz ergeben, sondern schlicht und einfach durch den Mangel an Energie, in den wir hineinlaufen. McKinsey prognostiziert für 2030 ein Defizit von 30 Gigawatt im Netz. Das ist ungefähr ein Drittel der heutigen verfügbaren gesicherten Leistung. Es gibt vereinzelt Stimmen, die



wollen den Strompreis Ende der 20er-Jahre hochgerechnet haben auf 60 bis 80 Cent die Kilowattstunde, ohne Inflation. Wir werden noch viel stärkere Drücke aus dem Markt bekommen. Wir werden Nettoimporteur von Strommengen sein. Der Entwurf des Netzentwicklungsplanes durch die vier großen Übertragungsnetzbetreiber, Entwurf für 2037 mit Ausblick auf 2045, sieht für 2045 eine Importmenge von 120 Terawattstunden vor. Das ist in etwa die Gesamtproduktion an Strom von Schweden. Wir werden sogar noch viel mehr Druck darauf erhalten, dass Teile der Wirtschaft ins Ausland abwandern, schlicht und einfach durch die Abschaltpolitik, die die Bundesregierung seit vielen Jahren betreibt.

**Der Vorsitzende:** Danke. Die nächste Frage geht an Herrn Kruse, FDP.

**Abg. Michael Kruse (FDP):** Vielen Dank, meine Frage geht an Herrn Kaspar. Sehen Sie eigentlich das Thema, was hier auch schon adressiert worden ist, Netzflexibilität ausreichend berücksichtigt? In der Tat ist es so, zu vielen Zeiten in Zukunft wollen wir geradezu, dass uns der Strom abgenommen wird, weil er etwa negative Marktpreise aufweist, weil zu viel im Netz ist.

**Der Vorsitzende:** Danke. Herr Kaspar, bitte.

**SV Martin Kaspar (VCI):** Bei dem Thema Netzflexibilität haben wir gewisse Potentiale, um netzdienlicher die Anlagen fahren zu können. Die sind aber in vielen Punkten schon ausgereizt. Gerade die energieintensive Grundstoffindustrie ist darauf angewiesen, dass sie viele, nicht alle, aber viele, viele ihre Anlagen 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche durchlaufen lässt. Wenn Sie eine Anlage dort abschalten oder runterfahren, dann ist es bedingt möglich, oft mit wirtschaftlichen Verlusten. Und wenn Sie das dann noch stärker betreiben wollen, dann führt das irgendwann zur Beschädigung der kompletten, doch recht teuren Anlage. Als wir die Energiekrise vor ein, eineinhalb Jahren hatten, hatte ich ein Anruf aus einem Unternehmen, die hatten dann gesagt, wenn die Bundesnetzagentur zum Abschalten kommt, sagt denen bitte, mindestens 48 Stunden Vorwarnzeit, damit mir meine Anlage nicht kaputt geht, aber mindestens 24 Stunden Vorlaufzeit, weil bei einem Chemiewerk sonst dann auch

im Zweifel die Umgebung in Mitleidenschaft gezogen werden kann. Also es sind so anekdotische Sachen vielleicht aus dem Verbandsalltag, die ich jetzt hier noch beitragen kann. Netzdienstliches Fahren ist bedingt möglich, aber wir machen davon schon relativ so viel wie möglich und in vielen anderen Punkten ist es eher theoretisch höchstens noch erweiterbar.

**Der Vorsitzende:** Danke. Herr Kruse.

**Abg. Michael Kruse (FDP):** Vielen Dank. Die Ampelkoalition hat sich darauf verständigt, dass mit ihrer Arbeit kein Carbon Leakage verbunden sein soll. Kurze Frage an Herrn Kaspar, Herrn von Rottenburg und Herrn Bolay. Sehen Sie das hier ausreichend berücksichtigt? Kurze Antwort, bitte.

**Der Vorsitzende:** Erst Herr Kaspar.

**SV Martin Kaspar (VCI):** Ganz kurz. Nein. Wir haben zahlreiche Regelungen mit Carbon-Leakage-Schutz. Die habe ich in der Anlage zu Stellungnahmen mal dargestellt. Wir würden uns mehr Kohärenz wünschen. Hier ist jetzt lediglich eine ordnungsrechtliche Verpflichtung ohne irgendwelchen Carbon-Leakage-Schutz.

**Der Vorsitzende:** Danke, Herr Bolay oder Herr von Rottenburg, aber auch noch Herr Bolay, wenn ich es richtig verstanden habe. Herr Rottenburg.

**SV Dr. Eberhard von Rottenburg (BDI):** Kurze Antwort, ebenfalls nein. Wir glauben, dass dieses lineare Herunterfahren der Gesamtbezugsmenge das eben nicht berücksichtigt und auch nicht berücksichtigen kann, weil keiner genau weiß, wie sie sich entwickelt. Klar, nein.

**Der Vorsitzende:** Jetzt Herr Dr. Bolay.

**SV Dr. Sebastian Bolay (DIHK):** Ja, danke. Ich kann mich meinen Vorrednern anschließen. Also auch ein klares Nein. Wir sehen das Endenergieeffizienzziel als nicht erreichbar an hinsichtlich Energieproduktivitätsfortschritte, die wir hoffentlich machen werden in den kommenden Jahren. Wir sehen aber derzeit nicht, dass das nur in irgendeiner Weise ausreicht, um das zu kompensieren und wirklich noch für Wirtschaftswachstum zu sorgen. Und dann muss man sich am Ende,



wenn man das Ziel ernst nimmt, muss sich die Politik dann überlegen, wo sie kürzt, bei wem, damit das Ziel erreicht werden kann.

**Der Vorsitzende:** Danke. Herr Lenkert für die Linken, bitte.

**Abg. Ralph Lenkert (DIE LINKE.):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Im Klimaschutzgesetz wurden die Sektorziele im Verkehr- und Gebäudebereich verfehlt und daraufhin möchte die Bundesregierung die Sektorziele aufweichen. Herr Dr. Burtscher, besteht die Gefahr, so wie der Gesetzentwurf aktuell verfasst ist, dass es zukünftig möglich ist, die im Gesetz definierten Effizienzziele erneut aufzuweichen?

**Der Vorsitzende:** Herr Dr. Burtscher bitte.

**SV Dr. Leonard Burtscher (Umweltinstitut München e. V.):** Danke für die Frage. Diese Gefahr besteht tatsächlich, die ist im Gesetz sogar schon verankert. Da steht drin, dass 2027 nachgeprüft werden soll, ob denn die Energieeffizienzziele erreicht werden. Da muss man kein Prophet sein, um zu sagen, das wird nicht geschehen, weil eben die Maßnahmen nicht hinreichend verbindlich sind und wir schon gehört haben, dass die bisherigen Energieproduktivitätssteigerungen mit 1,5, 1,6 Prozent halt einfach viel geringer waren als das, was jetzt notwendig und wie wir von Herrn Madsen gehört haben, auch absolut möglich ist. Das heißt, das wird also nicht erreicht werden 2027 und dann wird man die Möglichkeit haben, das Gesetz weiter aufzuweichen und diese Ziele für 2030 weiter runterzuschrauben oder herunterzuschrauben von den 26,5 Prozent. Was aber keine vernünftige Perspektive sein kann, denn allein schon aufgrund der völkerrechtlich verbindlichen Klimaziele, die wir haben, und der Tatsache, dass wir tatsächlich keine Zeit mehr haben, um die Klimakrise zu bekämpfen und die bisherigen Zielverfehlungen, Sie haben es ja erwähnt, Herr Lenkert, bleibt keine Zeit, kein Spielraum für Deutschland, um die Effizienzziele weiter zu reißen. Wir müssen diese Überprüfung der Energie-spargrößen im Jahr 2027 meines Erachtens im Gesetz so umformulieren, dass die nur eine Verschärfung sein können. Dass man also sieht, wenn es besonders gut läuft, dann sagt: Okay, dann legen wir noch ein bisschen nach. Jedes Kilogramm

CO<sub>2</sub>, das nicht ausgestoßen wird, hilft letztlich allen.

**Der Vorsitzende:** Herr Lenkert, Sie haben die Möglichkeit zu einer Nachfrage.

**Abg. Ralph Lenkert (DIE LINKE.):** Ja vielleicht eine weitergehende Frage. Im Moment ist das Energieeffizienzgesetz ein Einzeleffizienzgesetz, kein Systemeffizienzgesetz. Sind Sie der Meinung, dass man deutlich mehr Forschungsbedarf bräuchte, um zu prüfen, wie man im Prinzip weg von der Einzeleffizienz kommt, hin zu einer systemischen Effizienz? Zum Beispiel dann, wenn wir besonders viel Strom im Netz haben, deutlich mehr verbrauchen zu können, besonders in der Industrie und dann, wenn wenig Strom im Netz ist, dass die Industrie dann Anreize bekommt und auch die Möglichkeit bekommt, den Energieverbrauch deutlich zu senken.

**Der Vorsitzende:** Herr Dr. Burtscher.

**SV Dr. Leonard Burtscher (Umweltinstitut München e. V.):** Ja, da würde ich gerne auf die Frau Dr. Ruhl verweisen, die sich mit solchen Fragen mehr beschäftigt hat.

**Der Vorsitzende:** Wollen Sie die Frage an Frau Dr. Ruhl stellen? Bitte schön, Frau Doktor Ruhl.

**SV Dr. Tatjana Ruhl (DENEFF):** So Fragen wie Flexibilität sind natürlich ein wichtiges Thema, aber das ist eigentlich das richtige Gesetz dafür an der Stelle. Das gehört in andere Verordnungen rein, zum Beispiel bei Stromnetzentgelten ist das eine wichtige Frage, Flexibilisierung reinzunehmen. Das ist einfach an dieser Stelle falsch verortet. Wir müssen uns auch von dem Gedanken lösen, dass Energie in irgendeiner Form übrig sein wird. Selbst wenn man zu einem Zeitpunkt Überschüsse haben, wir werden die in irgendeiner Form brauchen, wenn wir sie speichern.

**Der Vorsitzende:** Danke, Frau Dr. Ruhl. Die nächste Frage geht in der dritten Runde mit drei Minuten an Herrn Mesarosch von der SPD.

**Abg. Robin Mesarosch (SPD):** Danke. Wir haben bislang noch wenig von den Kommunen gesprochen. Das würde ich gerne ändern.



Herr Hillebrand-Kandzia, auch aus Ihrer praktischen Arbeit. Wo, glauben Sie, können Kommunen besonders viel und schnell Kosten mit Energieeffizienzmaßnahmen sparen? Und haben Sie vielleicht Beispiele für besonders gelungene Maßnahmen von vor Ort?

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Hillebrand-Kandzia.

SV **Gregor Hillebrand-Kandzia** (SAENA): Erstmal generell, ich hatte es erwähnt. 15 Prozent Einsparung beim Energiemanagement sind drin. Es gibt nicht die große, wunderbare Maßnahme quasi, die man benennen könnte, sondern es geht eher um ein systematisches Vorgehen, eine systematische Herangehensweise. Das ganze Thema Energie-Controlling spielt eine wichtige Rolle, um überhaupt zu wissen, wie viel verbraucht man. Und da sprechen wir nicht von Jahreswerten, sondern von mindestens Monatswerten oder schnelleren, kürzeren Zyklen der Messung. Wir sprechen erst mal über die grundlegenden Aufgaben bei der Betriebsführung. Ich habe ein ganz einfaches Beispiel. Wenn Sie in eine Kommune gehen und Turnhallen, da läuft vielleicht die Lüftung über Weihnachten, obwohl keine Nutzung da ist. Also Betriebsführung ist ein wichtiger Punkt, ganz essentiell. Und als Dritter wesentlicher Punkt das ganze Thema Nutzersensibilisierung, sprich, es bringt relativ wenig, das bestsanierterste Gebäude zu haben, wenn man im Winter das Fenster zum Beispiel auf hat. Man muss alle Leute irgendwie mitnehmen. Das sind grundlegende Aufgaben, da braucht man relativ wenig Investitionen für. Wenn wir gute Beispiele für schnelle Maßnahmen angehen, wären diese drei Maßnahmen zu nennen. Weiterführend würde ich so etwas sagen wie, gute Beispiele ist alles, was, ich sag mal, keinen großen Planungsaufwand braucht, also ein Retrofit von Beleuchtungen und Pumpen tauschen. Da muss man keinen großen Planer zur Hand ziehen, sondern das kann man relativ schnell und unkompliziert umsetzen.

Auf der anderen Seite: Was wären eigentlich schlechte oder langfristige Maßnahmen? Und da sind wir ganz schnell in langfristigen Planungen, die auch entsprechend im Haushalt in Kommunen verankert werden müssen. Größere Sanierungen, Straßenneubauten inklusive der Straßenbeleuchtung und das dauert entsprechend deutlich länger

und braucht deutlich mehr Energie. Da ist momentan noch einfach weder die finanziellen Mittel noch das Fachpersonal in der Kommune vorhanden.

Der **Vorsitzende**: Herr Mesarosch, eine Nachfrage.

Abg. **Robin Mesarosch** (SPD): Im aktuellen Gesetzentwurf sehen Sie da noch Hürden für die Umsetzung auf kommunaler Ebene oder wie könnte man es Kommunen noch leichter machen?

SV **Gregor Hillebrand-Kandzia** (SAENA): Es gibt ein paar Hürden durchaus. Momentan ist da noch einiges nicht definiert. Allein wenn es um das ganze Thema Datenerfassung geht, glaube ich, in den ersten Entwürfen von Energieeffizienzgesetz war sehr detailliert aufgeschlüsselt, was überhaupt erfasst werden muss. Das ist momentan nicht mehr der Fall. Es ist noch ein großes Fragezeichen. Muss man jede Leuchte erfassen oder reicht jedes Gebäude? Da ist noch Nachsteuerungsbedarf notwendig. Das ganze Thema Finanzierung ist ganz wichtig.

Der **Vorsitzende**: Das können wir mit der vorhandenen Zeit nicht mehr erörtern das Thema der Finanzierung. Die nächste Frage geht an Frau König für die CDU/CSU.

Abg. **Anne König** (CDU/CSU): Ich hätte Fragen an Herrn Dr. von Rottenburg. Der vorliegende oder das vorliegende Energieeffizienzgesetz soll ja auch die EU-Energieeffizienz-Richtlinie umsetzen und diese befindet sich noch in dem Novellierungsprozess und aller Voraussicht nach sollen die Ergebnisse im November vorliegen. Wie bewerten Sie das Verhältnis der beiden Normen? Ist die Umsetzung gelungen?

Der **Vorsitzende**: Herr von Rottenburg, bitte.

SV **Dr. Eberhard von Rottenburg** (BDI): Vielen Dank für die Frage. Wir haben die Trilog-Einigung bei der Energieeffizienzrichtlinie. Das fanden wir auch sehr lobenswert, dass die Bundesregierung das doch abgewartet hat. Zunächst war geplant gewesen, das Gesetz noch weit vor der Verabschiedung in Brüssel zu beenden. Das ist jetzt doch anders gekommen, also sehr lobenswert. Wir sehen, dass in Brüssel ein erhebliches Vertrauen ist in



Top-Down-Planung der Energieeffizienz. Wir selbst hätten da eine andere Priorität. Aber natürlich muss man das umsetzen, das respektieren wir. Wir würden dafür plädieren, dass dieses Gold Plating, also noch sehr viel obendrauf legen, dass das tatsächlich nicht erfolgen sollte. Ein Beispiel, die von mir genannten 45 Terawattstunden, da ist im Gesetz jetzt klar zu lesen, dass das sich nur an die Bundesregierung adressiert nicht an die Unternehmen. Zunächst kann man sagen, ist das eine Sorge des Staates, Unternehmen können weiter wachsen, dürfen auch mehr verbrauchen. Allerdings ist die große Sorge der Unternehmen, dass, wenn dieses Ziel gerissen wird, und das halten sehr viele Leute für wahrscheinlich, dass es gerissen wird, also linear 45 Terawattstunden runterzugehen, dass dann die Politik fragt: Was machen wir jetzt, und dass dann eine Nachregulierung zu Lasten der Industrie, des Industrieverbrauchs kommen könnte. Deswegen unser Plädoyer, dass man sich bei dieser 45-Terawattstunden-Grenze stärker an Brüssel orientiert, die ein Aufwuchsziel von zunächst ungefähr 30 und dann geht es hoch bis 45 in den nächsten 6, 7 Jahren vorsehen und nicht von vornherein so scharf einzusteigen. Das wäre, glaube ich, eine gute Verbesserung des Gesetzes. Es gibt viele Detailpunkte, wo der deutsche Gesetzgeber schärfere Vorstellungen entwickelt hat. Und wir würden anregen, sich die Zeit zu nehmen, tatsächlich mehr diese Idee zu lesen und mehr das eins zu eins umzusetzen.

**Der Vorsitzende:** Die Nachfragemöglichkeit, aber bitte kurze Antwort, weil die Zeit am Anfang nicht mitgelaufen ist.

**Abg. Anne König (CDU/CSU):** Vielleicht ein neuer Aspekt. Das Gesetz sagt wenig zu Fördermaßnahmen. Wäre das aus Ihrer Sicht ein wichtiges Thema, um bei der Energieeffizienz voranzukommen?

**SV Dr. Eberhard von Rottenburg (BDI):** Das glauben wir unbedingt. Wir glauben sowieso, dass der jetzige Ansatz mit, wie gesagt, ganz vielen Vorschriften und Bußgeldern und so weiter, eigentlich beim Thema Effizienz gar nicht passt. Stichwort: die Fenster offen stehen lassen und so weiter. Es geht mehr darum, die Unternehmen und auch die Menschen mitzunehmen. Dafür ist der sehr erprobte Ansatz die Energieeffizienz-

netzwerke, die ich schon erwähnt habe. Förderung hat sich sehr oft als ein sehr guter Hebel erwiesen. Zum Beispiel Abschreibungen, Superabschreibungen, wie auch immer. Das sollte man wesentlich stärker einsetzen als dieses, sozusagen jetzige Kontrolldenken, was wir für einen gewissen Paradigmenwechsel halten in einer Effizienzpolitik, gerne mehr von Förderung.

**Der Vorsitzende:** Die nächste Frage geht an Frau Uhlig.

**Abg. Katrin Uhlig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herzlichen Dank. Die erste Frage geht an Herrn Dr. Burtscher, bei Klimamanagementsystemen, die ja auch in der Diskussion sind. Für wie sinnvoll erachten Sie die und wie bewerten Sie die insgesamt über die Umwelt- und Energiemanagementsysteme hinaus? Und die zweite an Frau Dr. Ruhl: Für wie sinnvoll erachten Sie den Schwellenwert von 15 Gigawattstunden durchschnittlichen Jahresverbrauch bei der Einrichtung von Umwelt- und Energiemanagementsystemen bei Unternehmen?

**Der Vorsitzende:** Danke, Herr Doktor Burtscher.

**SV Dr. Leonard Burtscher (Umweltinstitut München e. V.):** Danke für die Frage, also wie vorhin schon erwähnt, vor allen Dingen die Klimamanagementsysteme haben vor allem den Vorteil, dass Sie die komplette Klimawirksamkeit eines Unternehmens berücksichtigen, also nicht nur den Energiebedarf, sondern auch mögliche Entweichung von klimaschädlichen Gasen. Insofern halten wir das für eine sinnvolle Weiterentwicklung. Ob das hier im Energieeffizienzgesetz geregelt werden muss oder woanders, ist vielleicht von anderen noch zu beurteilen, aber grundsätzlich die Idee, ein Klimamanagementsystem festzuhalten, halten wir für sehr sinnvoll.

**Der Vorsitzende:** Danke. Frau Dr. Ruhl.

**SV Dr. Tatjana Ruhl (DENEFF):** Wir unterstützen Klimamanagementsysteme auch sehr, weil wir auch einfach sehen, dass Unternehmen sich mittlerweile nicht nur mehr um ihre Energie kümmern, sondern aus ganz originär eigenem Interesse klimaneutral werden wollen, weil sie nämlich



ihre Produkte besser verkaufen können. Und deswegen ist es eigentlich Zeit, dass wir diese guten Managementsysteme, die wir haben, um zusätzliche Daten erweitern. Bei vielen Unternehmen passiert es auch schon. Es geht einfach nur darum, damit in die Breite zu gehen. Was die Schwellenwerte angeht, ist das, was wir Moment im Gesetzentwurf sehen, eigentlich ein Rückschritt. In Deutschland haben wir in der Praxis ab etwa fünf Gigawattstunden Energiemanagementsysteme in der Breite in der Anwendung. Im letzten Jahr waren viele dieser Unternehmen sehr froh, dass sie diese Managementsysteme schon hatten. Die hatten nämlich ruckzuck das Wissen darüber, welche Maßnahmen bei ihnen sinnvoll sind, wie sie auf die Energiekrise reagieren können. Diese fünf Gigawattstunden sind eigentlich der Standard. Und auch bei den Energieaudits kann man auf jeden Fall mit dem Schwellenwert auch noch runter gehen. Also eine Gigawattstunde ist da eigentlich ein guter Maßstab.

**Der Vorsitzende:** Frau Uhlig, eine Nachfrage? Die nächste Frage geht an Herrn Hilse, AfD.

**Abg. Karsten Hilse (AfD):** Vielen Dank, meine Frage wird sich gleich an Herrn Hennig richten. Allerdings wollte ich nochmal klarstellen: Es gibt keine völkerrechtlich verbindlichen Klimaziele. Die Klimaübereinkunft hat genau das, was Sie wollen nicht geregelt, was Sie an diesem Gesetz quasi bemängeln. Es kann jeder sich selbst ein Ziel setzen. Das führt dazu, dass sich zum Beispiel China keine Ziele setzen muss. Und es wird niemand mit Restriktionen belangt, wenn er diese Ziele nicht erreicht. Es gibt keine völkerrechtlich verbindlichen Klimaziele. An Herrn Hennig, Frau Ruhl sagte vorhin, dass also der Energiebedarf gesenkt werden müsse und dass er dann auch gesenkt wird. Wie schätzen Sie das ein? Im Jahre 2045 werden wir mehr Energie verbrauchen oder weniger Energie verbrauchen? Wenn die Energie noch teurer wird, was wird es dann letztendlich für Deutschland bedeuten?

**Der Vorsitzende:** Herr Hennig, bitte.

**SV Frank Hennig:** Bis ins Jahr 2045 zu blicken, das ist de facto unmöglich. Es gibt keinen Masterplan „Energiewende“. Es gibt nur eine Vielzahl

nebeneinander gestellter Gesetze. Es ist zu befürchten, dass die Rezession einsetzt und stärker wird und auch, um nochmal auf die Rechenzentren zu sprechen zu kommen, dass auch diese abwandern. Wenn heute ein Rechenzentrum projektiert wird, geplant wird, dann wird das nicht viel vor 2027 in Betrieb gehen, dann greifen, aber möglicherweise schon wieder andere Randbedingungen. Als Beispiel, in Schweden werden Rechenzentren betrieben für sechs Cent pro Kilowattstunde. Dazu kommt, dass Schweden einen sehr klimafreundlichen Energiemix hat: 40 Prozent Wasserkraft, 40 Prozent Kernkraft. Wir sind jetzt auf der Jagd nach jeder Tonne CO<sub>2</sub>, haben aber leichtfertig die Kernkraft als umfangreiche emissionsfreie Stromquelle abgeschaltet. Derzeit steigt der Pro-Kopf-Ausstoß im Land wieder, im Moment nicht sichtbar, weil wir sehr viel Strom importieren. Und Importstrom ist bekanntermaßen emissionsfrei, egal, aus welcher Quelle er kommt. Wir werden trotz aller Bemühungen um jedes Kilogramm CO<sub>2</sub> den Klimawandel nicht aufhalten. Er wird trotzdem kommen. Was zu befürchten ist, dass durch die fortschreitende Deindustrialisierung wir keine Mittel mehr haben werden, uns auf den Klimawandel einzustellen. Die Frage lautet zugespitzt: Werden wir ein klimaneutrales Industrieland oder industrieneutrales Klimaland? Das ist eine Frage der Schwerpunktsetzung. Natürlich kann man sehr große Mengen CO<sub>2</sub> sparen, wenn wir die Industrie rapide runterfahren oder außer Landes treiben. Das ist ein gewisser Zielkonflikt. Die Politik muss sich entscheiden, was sie eigentlich will, eine maximale CO<sub>2</sub>-Einsparung bei Wirtschaftswachstum oder sogar einem angekündigten Wirtschaftswunder. Man kann von der Kuh nicht höhere Erträge verlangen und gleichzeitig die Rationen kürzen. Das funktioniert nicht.

**Der Vorsitzende:** Danke, Herr Kruse FDP.

**Abg. Michael Kruse (FDP):** Herzlichen Dank. Das Stichwort Gold Plating ist schon mehrmals gefallen. Es würde mich von Herrn Bolay interessieren. Wo sehen Sie überall Gold Plating gegenüber der EED?

**Der Vorsitzende:** Tut mir leid, ich habe Sie akustisch nicht verstanden. Das war zu leise.

**Abg. Michael Kruse (FDP):** Meine Frage geht an



Herrn Bolay, wo er überall Gold Plating gegenüber der EED sieht.

Der **Vorsitzende**: Ok, jetzt ist es klar, Herr Doktor Bolay.

SV **Dr. Sebastian Bolay** (DIHK): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Danke für die Frage, Herr Kruse. Es fängt letzten Endes beim Endenergieeinsparziel an, das hier im Gesetzentwurf verbindlich ist. Laut EU-Richtlinie muss sich Deutschland ein idikatives Ziel setzen. Es geht weiter, über das ganze Thema Abwärme haben wir schon umfangreich gesprochen. Da ist meines Wissens nur eine einzige Geschichte, nämlich in der Richtlinie, Abwärme wird des Öfteren angesprochen, es gibt aber keinerlei Verpflichtungen für Unternehmen aus der Richtlinie, die Abwärme zu nutzen oder zumindest zu gucken, wo sie denn genutzt werden könnte, mit Ausnahme, wenn Sie Anlagen haben, aber dann konkrete Anlagen mit acht Megawatt und keine undifferenzierte Pflicht von zweieinhalb Gigawattstunden, wie wir sie im Gesetzentwurf drin haben, wo wir ja das ganze Thema, Herr Kaspar, hatte es angesprochen, können wir uns gleich die Frage stellen, ob es auch für Dunstabzugshauben gilt. Das ist im Stahlwerk dann wahrscheinlich auch besonders sinnvoll, dass sie sich auch um die Dunstabzugshaube in der Kantine kümmern. Abwärmeregulung geht natürlich weit über das Thema der Richtlinie hinaus und auch bei den Rechenzentren ist es so, Herr Eggers hat es ja auch schon angesprochen, wenn ich jetzt die Zahl richtig im Kopf habe aus der Richtlinie, müssen Rechenzentrum ab einem MB elektrische Anschlussleistungen entsprechend Anforderungen erbringen. Und wir gehen hier in dem Entwurf der Bundesregierung runter bis auf 200 KW. Und 200 KW ist jetzt kein besonders großes Rechenzentrum, zumal das auch Rechenzentren betrifft, die direkt in den Betrieben sitzen. Ich glaube, Herr von Rottenburg hatte das Thema angesprochen, und hier insofern in Teilen von Betrieben andere Regelungen möglicherweise gelten als für den Rest. Auch das ist eine durchaus unglückliche Regelung an der Stelle. Sie sehen, es sind sehr viele Punkte, die ich hier aufgeführt habe. Danke.

Der **Vorsitzende**: Kurze Nachfrage, Herr Kruse.

Abg. **Michael Kruse** (FDP): Vielen Dank. An Herrn Gröger, hat Ihr Ministerium an dem Gesetzentwurf mitgearbeitet. Ja oder nein?

Der **Vorsitzende**: Danke. Das war eine Feststellung, keine Frage, wenn ich richtig verstanden habe, dann ist Herr Lenkert dran.

Abg. **Michael Kruse** (FDP): Nein, es war eine Frage an Herrn Gröger, ob sein Ministerium an dem Gesetzentwurf mitgearbeitet hat.

Der **Vorsitzende**: Dann bitte Herr Gröger.

SV **Jens Gröger** (Öko-Institut): Ich komme nicht aus dem Ministerium. Insofern kann ich die Frage mit Nein beantworten. Wir führen Forschungsprojekte für das Bundesamt durch und da machen wir bestimmte Feststellungen, die wir natürlich der Allgemeinheit, aber auch den Ministerien zur Verfügung stellen, um daraus dann möglicherweise Gesetzentwürfe zu machen.

Abg. **Michael Kruse** (FDP): Dann präzisiere ich, haben Sie Forschungsarbeit geleistet, die in diesen Gesetzentwurf eingeflossen ist.

SV **Jens Gröger** (Öko-Institut): Ja, wir forschen tatsächlich zu Energieeffizienz von Rechenzentren. Und stellen so etwas wie diesem PUE-Wert fest, welcher davon machbar ist und welcher nicht machbar ist.

Der **Vorsitzende**: Herr Lenkert, bitte, von den Linken.

Abg. **Ralph Lenkert** (DIE LINKE.): Vielen Dank. Der Gesetzentwurf hat bezogen auf Rechenzentren seit Veröffentlichung des ersten Entwurfs bereits einige Veränderungen durchlaufen, darunter die Einschränkung des Geltungsbereichs auf Rechenzentren ab 200 Kilowatt Anschlussleistung sowie verringerte Anforderungen an die Abwärmenutzung. Herr Burtscher, wie bewerten Sie diese Anpassung?

Der **Vorsitzende**: Herr Doktor Burtscher.



**SV Dr. Leonard Burtscher** (Umweltinstitut München e. V.): Danke für die Frage. Die Rechenzentren sind tatsächlich anfangs recht ambitioniert geregelt worden im Energieeffizienzgesetz und dann gab es, wie eingangs schon gesagt, diese diversen Anpassungen im Laufe der Verhandlungen. Wir bewerten das jetzige Energieeffizienzgesetz in Bezug auf die Rechenzentren wie auch sonst bei anderen Elementen als nicht sehr ambitioniert. Wie Frau Köhn vorhin schon gesagt hat, dieser PUE-Wert von 1,3. Ich zitiere aus einer Studie von Bitkom, vor zehn Jahren wurde das schon als Standard für ein gut geplantes Rechenzentrum sozusagen vorgesehen. Dass man jetzt die 1,3 erst in einigen Jahren erreichen soll, ist vollkommen – entzieht sich jedem Kontext. Am wichtigsten bei den Rechenzentren ist aber definitiv der Einstieg in die Abwärmenutzung. Da sind wir erstmal froh, dass das jetzt endlich passiert. Dieser vorgesehene Abwärmenutzungsfaktor von zehn bis 20 Prozent über die Jahre steigend ist das absolute Minimum, was wirklich machbar ist und machbar sein muss, einfach, wenn wir an die Dekarbonisierung der Wärmenetze denken. Es waren hier mal 40 Prozent vorgesehen im ursprünglichen Gesetzentwurf. Wir haben die Forschung soweit es ging gewälzt und gesehen, dass auch 50 Prozent, teilweise mehr möglich ist. Ja, nicht mit 200 Megawatt Rechenzentren, die vielleicht kommen werden, aber mit den kleineren Rechenzentren, die dann eben Kommunen versorgen können mit Wärme, ist es absolut möglich, auch übers ganze Jahr hinweg sogar. Insofern bewerten wir das Gesetz als nicht ambitioniert, aber doch als guten Einstieg, um hier wenigstens einen kleinen Fuß in die Tür bei der Abwärmenutzung zu machen.

**Der Vorsitzende:** Herr Lenkert.

**Abg. Ralph Lenkert** (DIE LINKE.): Ja, ich hätte noch eine Frage an Frau Roscher vom Städte und Gemeindebund. Sie sprachen vorhin davon, dass Sie Veränderungen bräuchten, damit Kommunen besser in die Effizienz einsteigen können. Könnten Sie kurz ausführen?

**Der Vorsitzende:** Frau Roscher.

**SV Marianna Roscher** (Kommunale Spitzenverbände): Also Energieeffizienzmaßnahmen sind natürlich für Kommunen ein wichtiger Aspekt.

Und natürlich hatten wir auch schon: das Audit und Datenerfassung sind eine Möglichkeit. Das andere ist natürlich auch einfach Fachkompetenz vor Ort zu haben. Aber wir machen uns auch Gedanken darüber, dass wir nicht von heute auf morgen Fachpersonal in großem Maße akquirieren können. Die Konkurrenz ist groß. Insofern werden wir ganz stark auch erstmal für Schulungs- und Beratungsangebote für Kommunen, gerade auch über Energieagenturen oder ähnliche Möglichkeiten, um hier überhaupt erst mal ins „Doing“ zu kommen. Das andere ist natürlich die Gebäudesanierung, sehr wichtig und absolut leider unterschritten, beziehungsweise Kommunen sollen hier besondere Aufgaben erfüllen und sind eben die Einzigen, die keine Klimaboni bekommen, so gefühlt.

**Der Vorsitzende:** Danke. Wir kommen in die letzte Runde. Die erste Frage geht an die SPD, Herrn Gremmels.

**Abg. Timon Gremmels** (SPD): Ich habe eine Frage an Herrn Eggers und Herrn Gröger. Bezüglich Rechenzentren ist es ja so, dass immer mehr Unternehmen und Kunden sicherlich von Rechenzentren auf Nachhaltigkeitsberichterstattung angewiesen sind oder die Frage, wie das Rechenzentrum betrieben wird, sicherlich auch einen interessanter Punkt ist. Vielleicht können Sie nochmal ausführen, inwiefern so etwas auch ein Wettbewerbsvorteil insgesamt sein kann auf lange Sicht hinaus? Und die Frage, wenn man die Abwärme nutzt und die Frage bestehende Abwärmenetze oder Fernwärmenetze haben ja ein anderes Temperaturniveau. Wie ist dieses Problem zu beheben, oder müsste man parallel Nahwärmenetze ausbauen? Wäre das wirtschaftlich noch darstellbar?

**Der Vorsitzende:** Danke. Herr Eggers.

**SV Günter Eggers** (Bitkom): Vielen Dank für die Frage. Zunächst mal den zweiten Teil der Frage: Das Temperaturniveau ist häufig genannt als Hemmnis für die Abwärmenutzung. Das muss es nicht zwangsläufig sein. Auch in Schweden haben die Fernwärmenetze hohe Temperaturniveaus, die Rechenzentren befinden sich auf einem vergleichbaren Stand wie in Deutschland. Da werden schlicht Wärmepumpen eingesetzt. Das Problem



dabei ist, dass die Wärmepumpen Strom brauchen, je höher das Temperaturniveau, also der Temperaturunterschied, umso mehr Strom ist dafür nötig, aber das ist technisch alles längst gelöst. Die Frage ist nur, wer ist verantwortlich für diese Wärmepumpen und das sollten in der Tat nicht die Rechenzentrumsbetreiber sein, sondern diejenigen, die die Wärmenetze betreiben, auf verschiedenen Temperaturniveaus. Eine Differenzierung der Wärmenetze bezüglich Temperaturniveau ist zwingend geboten, müssen wir noch machen. Bezogen auf die erste Frage, wenn ich Sie richtig verstanden habe, welche Erschwernisse wir aus der – welche Vorteile wir sehen, wenn wir energieeffiziente Rechenzentren anbieten. Sie haben völlig Recht. Es gibt heute eine ganze Reihe von Kunden, die im Rahmen ihrer Corporate Social Responsibility Anforderungen Mindestenergieeffizienzen und Mindestökostandards erwarten. Die werden dann im Rahmen der Vertragsgestaltung erfüllt. Nicht alle unsere Rechenzentren können die erfüllen. Das ist auch nicht schlimm, weil diejenigen, die sie erfüllen können, haben in der Tat den Wettbewerbsvorteil, von dem wir gesprochen haben, aber längst nicht alle.

**Der Vorsitzende:** Danke, Herr Gröger.

**SV Jens Gröger (Öko-Institut):** Was die Technik angeht, hat Herr Eggers sozusagen schon alles gesagt, also die Rechenzentren haben kontinuierlich Abwärme, die muss angehoben werden, diese Abwärme, dann kann sie praktisch in Wärmenetze eingespeist werden, diese Wärme. Das ist immer noch besser, diese Wärme zu nehmen, als Umgebungswärme und Umgebungsluft zu nehmen, um sie in eine Wärmepumpe zu pressen, um dann daraus die Wärme zu kriegen. Wir sehen die Frage nach der Auslastung von Rechenzentren noch als große Chance, die Rechenzentren effizienter zu kriegen. Es ist so, dass Rechenzentren, die im Leerlauf sind, keine oder nur wenig nützliche Rechenleistung erbringen, trotzdem Strom brauchen. Deshalb heißt es auf der anderen Seite, je höher die Rechenzentren ausgelastet sind, also wenn sehr viel Rechenleistung in diesem Rechenzentrum erbracht wird, desto effizienter werden sie natürlich. Das Gesetz hat dazu keine Mindestanforderungen. Das wäre tatsächlich auch ein bisschen übergreifend, da in den Betrieb einzugreifen. Hat aber sozusagen Informationsanforderungen

zur mittleren CPU-Auslastung, heißt es in dem Fall, um Informationen darüber zu kriegen, wie effizient das Rechenzentrum arbeitet. Und das ist ein wichtiger Kennwert, mit dem wir erkennen können, wie gut ein Rechenzentrum letztlich, wie effizient ein Rechenzentrum arbeitet.

**Der Vorsitzende:** Danke, Herr Dr. Gebhart.

**Abg. Dr. Thomas Gebhart (CDU/CSU):** Ich hätte noch eine Frage an Herrn Bolay. Sie haben in Ihrer schriftlichen Stellungnahme geschrieben, dass in dem Gesetz Impulse fehlen würden, Energiedienstleistungen zu stärken. Und ich wäre dankbar, wenn Sie das ganz kurz noch mal erläutern könnten.

**Der Vorsitzende:** Herr Doktor Bolay.

**SV Dr. Sebastian Bolay (DIHK):** Vielen Dank für die Frage, Herr Gebhardt. Also, um nur annähernd auf Energieproduktivitätswerte zu kommen, die wir brauchen, halten wir das ganze Thema Energiedienstleistungsmarkt für ein wirklich zentrales, um hier deutlich Effizienzfortschritte auch anzuregen. Ich hatte eingangs gesagt, dass wir feststellen in unseren Umfragen, dass die Grenzkosten für Energieeffizienzinvestitionen auch steigen, dass es immer schwieriger wird, auch für die Betriebe die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen, um in Energieeffizienz zu investieren, weil sie auch im Betrieb jeden Euro nur einmal ausgeben können und sich insofern überlegen müssen, investiere ich in meine Kernprozesse, investiere ich in Innovationen, in Energieeffizienz, in Fotovoltaik, was auch immer. Hier können Energiedienstleister ein sehr wichtiger Partner sein für die Unternehmen, dass hier deutlich mehr passiert. Woran denken wir? Wir denken zum Beispiel, das Thema Förderprogramme ist ja auch schon angesprochen worden, dass das einfacher ist, auch über Energiedienstleister abzuwickeln, dass die für die Firmen hier entsprechendes Geld und entsprechende Anträge stellen können. Im Übrigen sollten wir bei dem ganzen Thema Förderprogramme, das nur als kurze Seitenbemerkung, deutlich mehr denken wie der Inflation Reduction Act in den USA, also deutlich mehr möglicherweise über steuerliche Anreize gehen als hier diese komplizierte Antragsbürokratie beim BAFA immer durchzuhecheln. Das bindet



Kapazitäten und das können wir uns in Zeiten des Fachkräftemangels am Ende nicht leisten. EDL oder Energiedienstleistungsmarkt hat sehr viel mit Contracting zu tun. Am Ende landen Sie da sehr schnell in irgendwelchen Rechtsfragen, die Sie klären müssen, die der Contractor mit dem Betrieb klären muss. Das sind Fragen nach dem Energieversorger, also wer wird dann wie Energieversorger möglicherweise, zu klären? Also hier gibt es eine ganze Reihe von Punkten, die wir klarstellen müssen und die wir sehen. Da würden wir uns sehr wünschen, wenn die Energiedienstleister gleichgestellt werden. Das gilt im Übrigen auch für Entlastungsregelungen. Frau Ruhl hatte die ja teilweise angesprochen. Also da können wir sehr viel am Ende auch noch mal rausholen.

**Der Vorsitzende:** Ganz kurze Nachfrage, Herr Gebhart? Die nächste Frage an Frau Uhlig.

**Abg. Katrin Uhlig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herzlichen Dank. Ich würde zunächst Frau Köhn fragen: Sie hatten eben ausgeführt, dass es eine Grenze gibt bei Rechenzentren von einer Nennanschlussleistung von 200 KW. Wie bewerten Sie denn die Abwärmepotenziale der vom Gesetz nicht erfassten Rechenzentren im Vergleich dazu, was Sie ausgeführt haben? Und die zweite Frage würde an Frau Dr. Ruhl gehen. Es wurde gerade über Energiedienstleistungen diskutiert. Wie bewerten Sie das im vorliegenden Gesetzentwurf? Und inwieweit sehen Sie die Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie im Energieeffizienzgesetz mit Bezug auf Unternehmen? Wenn Sie dazu noch eine Einschätzung geben könnten, danke.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank. Frau Köhn, bitte.

**SV Marina Köhn (Umweltbundesamt):** Herzlichen Dank. Ich muss mal voranstellen, es gibt nicht das Rechenzentrum. Wir haben ganz unterschiedliche Geschäftsmodelle und die haben alle ihre eigenen Probleme. Und das, was Herr Gröger gerade angesprochen hat, die schlechte IT-Auslastung, wir werfen Energie in ein Rechenzentrum, die Server tun nichts außer Energie zu verbrauchen. Das ist ein Bereich, der betrifft in der Tat entweder ein komplettes Rechenzentrum wie in Behörden oder auch in Unternehmen, aber auch andere Dienstleistungen. Dann gibt es den Bereich der Co-Location, die nur für die Fläche zuständig sind. Hier

haben wir wiederum das Problem, dass die Kunden auf dieser Fläche häufig gar nicht ihren eigenen Energieverbrauch kennen oder hier nicht Anreiz genug haben, weniger Energie zu verbrauchen. In einer Co-Location, wie ich vorhin schon gesagt habe, da bezahlt der Kunde die Stromkosten. Und von daher brauchen wir dieses Gesetz, um hier in verschiedenen Bereichen Anreiz zu schaffen. Und das Wichtigste, was mir wirklich an der Stelle wichtig ist, die Transparenz herzustellen zwischen Anbieter und Kunden, aber auch zwischen denjenigen, die genauso eine Rechenzentrumsleistung nachfragen. Und der Schwellenwert von 200 KW ist meiner Meinung nach zu hoch gegriffen. Ich habe gesagt, wir schätzen, dass es vielleicht 50 Prozent der Energieverbräuche der Rechenzentrumsbranche betrifft, aber nur fünf Prozent der Rechenzentren selber. Die Probleme, die ich gerade aufgezählt habe, sind in allen Rechenzentren. Und 200 KW, hier reden wir von mittelgroßen Rechenzentren und nicht, wie immer vorgebracht wird, die kleinen Rechenzentren, die sind vom Gesetz gar nicht betroffen.

**Der Vorsitzende:** Frau Dr. Ruhl.

**SV Dr. Tatjana Ruhl (DENEFF):** Gerne in aller Kürze. Das Energieeffizienzgesetz, so wie es im Moment vorliegt, reicht nicht aus, um die Energieeffizienzrichtlinie umzusetzen. Stichwort Artikel 8. Da steht noch eine Einsparverpflichtung für Deutschland, insgesamt 1,5 Prozent nationale Maßnahmen muss Deutschland liefern, das heißt über die Effizienzrichtlinie hinausgehen. Da ist noch nicht viel da. Und Energiedienstleistungen sind natürlich ein ganz wichtiger Teil der Lösung, da binden wir Profis ein. Da kommt zusätzliches Kapital mit rein. Da kann ich Herrn Dr. Bolay eigentlich nur zustimmen und beipflichten. So bekommen wir es zum Schluss auf jeden Fall hin.

**Der Vorsitzende:** Danke, Herr Hilse.

**Abg. Karsten Hilse (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender, meine Frage geht an Herrn Hennig. Das Gesetz heißt eigentlich Energieeffizienzgesetz. Aber letztendlich ist es ja das große Bestreben, letztendlich CO<sub>2</sub> einzusparen, ob man das für sinnvoll hält oder nicht, spielt erst mal keine Rolle. Nun wissen wir jetzt schon bei dem jetzigen



CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kilowattstunde, dass eine Gasheizung beziehungsweise eine Ölheizung viel weniger, nicht viel weniger, aber schon weniger CO<sub>2</sub> ausstößt, als wenn man eine Wärmepumpe einbaut beim jetzigen Strommix. Nun ist es ja so, dass jetzt gerade davon gesprochen wurde, dass die Wärme quasi Abwärme circa 30 Grad plus ist, dass man die dann letztendlich noch mit der Wärmepumpe höher bringen muss. Das heißt, auch hier wird wieder, wenn wir den Strommix nicht komplett verändern, auch höhere CO<sub>2</sub>-Emissionen die Folge sein. Was würden Sie der Bundesregierung raten, wenn sie wirklich CO<sub>2</sub>-Ausstoß einsparen wollte im Bereich Strom?

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Hennig.

SV **Frank Hennig**: Zum Thema Abwärme von Rechenzentren ist das schon angeführt worden, dass hier die Möglichkeit besteht, über Wärmepumpen ein höheres Niveau zu erreichen. Am Ende muss sich das rechnen und die Wärmepumpe ist nun auch ein elektrisches Gerät, was Energie braucht, also Strom. Das Problem bei uns ist der sichere Strom. Wir haben ein sehr ungleichmäßiges Aufkommen, je nach dem, was uns die Natur gerade zur Verfügung stellt. Die Bundesregierung hat dem Vernehmen nach eine Kraftwerkstrategie in Arbeit, die auf Gaskraftwerke abzielt. Da scheint der Zug schon abgefahren bezüglich der Termine. Denn es ist in Rede, die müssten 2030 bereits wirksam sein. Das werden wir nicht erreichen, weil ja erstmal die Ausschreibungen laufen müssen und es wird auch niemand mehr in Deutschland aus privatem Interesse ein fossiles Kraftwerk bauen. Das heißt, es muss staatlich angereizt werden. Es muss dafür Geld bereitgestellt werden. Im Endeffekt haben wir wiederum einen fossilen Kraftwerksanteil, der die Emissionen treibt. Im Endeffekt wollen wir die Heizung aus den Häusern entfernen. Auch die hochmodernen, technologisch modernen Gasbrennwertheizungen, die bis August 2022 noch gefördert wurden. Wir nehmen dann das Gas, betreiben Gaskraftwerke, um damit wiederum Wärmepumpen zu betreiben. Also am Ende, unterm Strich ist das weitgehend ein Nullsummenspiel. Und wenn man dazu die erforderlichen Investitionen hinzu zählt, dann bleibt an CO<sub>2</sub>-Einsparung vermutlich nur ein sehr flacher Betrag übrig.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. Die nächste Frage geht an Herrn Kruse.

Abg. **Michael Kruse** (FDP): Vielen Dank, meine Frage richtet sich an Herrn Eggers. Wir haben jetzt einiges darüber gehört, was Sie hier auch als überambitioniert in dem Gesetz bezeichnet haben. Mich würde eigentlich noch mal interessieren, welche der hier aufgeführten Regelungen oder vielleicht auch der hier nicht aufgeführten Regelungen würden Sie als sinnvoll erachten im Sinne einer Wettbewerbsstärkung, die auch das Thema Carbon Leakage zum Beispiel berücksichtigt?

Der **Vorsitzende**: Herr Eggers.

SV **Günter Eggers** (Bitkom): Vielen Dank für die Frage. Ich beantworte sehr gerne Fragen, die sinnvoll sind oder die sinnstiftend sind. Wir haben in der Rechenzentrumsbranche in der Tat heute schon ein großes Interesse daran, unsere Abwärme abzugeben, zum Teil zum Selbstkostenpreis, das heißt ohne zusätzliche Einnahmen für die Rechts-handelsbranche, zum Teil aber auch gegen Geld. Wir sind sehr daran interessiert, dass die Möglichkeiten dafür im Rahmen von Wirtschaftsförderung, also sprich Förderung der Wärmenetzinfrastrukturen verbessert werden. Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn die Standortfrage nicht ausschließlich und quasi per Gesetz gebunden ist an das heutige Vorhandensein von Abwärmeinfrastrukturen, sondern in der Tat mehr Flexibilität lässt. Wir haben jetzt den Effekt an einigen Standorten, die nach dem Energieeffizienzgesetz in der bisherigen Form nicht gebaut werden durften, kommen jetzt nach fünf Jahren Rechenzentrumsbetrieb, kommen jetzt Unternehmen und sagen: Wir haben eine wärmeintensive Produktion. Können wir gemeinsam etwas machen? Es kommen Kommunen zu uns, die sagen, wir würden jetzt gerne ein Wärmenetz aufbauen mit euch gemeinsam. Können wir da was gemeinsam machen? Das heißt also, die Rechenzentren selbst sind plötzlich zum Kern von wärmenutzender Industrie- oder Abwärmenutzung geworden, und wir sollten es nicht andersherum aufziehen. Und zu guter Letzt, wenn wir noch einen Punkt uns wünschen dürfen, dann wäre es in die betrieblichen Vorgänge, die dazu führen, dass Rechenzentren gut und wirtschaftlich und energieeffizient betrieben werden, da nicht unbedingt gesetzlich



eingzugreifen. Wir hatten bisher nicht darüber gesprochen. Das ist eine sehr seltsame Angelegenheit, dass ein Bundesgesetz regeln soll, mit welchen Temperaturen in Rechenzentren gekühlt wird. Das ist nicht immer sinnvoll. Da, wo es technisch sinnvoll ist, wird es gemacht. Da, wo es technisch nicht sinnvoll ist, wird es auch nicht gemacht, weil unterm Strich könnte es passieren, dass wir durch die Anhebung der Kühltemperaturen, wie es jetzt im Gesetz vorgegeben ist, mehr Energie verschwenden als wir sparen. Ich hatte zwischendurch das Gefühl, dass diejenigen, die an dem Gesetz geschrieben haben, vielleicht zwischendurch einfach mal bei uns zu Besuch gekommen wären oder bei anderen, bei Rechenzentrumsbetreibern und sich mal angeschaut haben, wie das in der Praxis wirklich aussieht. Wir haben wir auch keine Möglichkeit, unseren Kunden irgendwelche Geschichten über PUE zu erzählen. In der Regel sind wir Aktiengesellschaften und berichtspflichtig und da können Sie sich gut vorstellen, dass, wenn wir Falschbehauptungen machen würde, ich glaube, Herr Gröger, es war Ihr Nebensatz, dann hätten wir ein echtes Problem. Zu guter Letzt: Wir wollen Teil der Energiewende in Deutschland sein. Wir wollen Teil der Lösung sein. Wir können aber nicht mit besonderen Härten hier in Deutschland umgehen. Rechenzentren, die bestehen, werden nicht abwandern, neue werden aber dann deutlich weniger kommen.

**Der Vorsitzende:** Die letzte Frage in dieser Veranstaltung geht an Herrn Lenkert.

**Abg. Ralph Lenkert (DIE LINKE.):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Vielen Dank an alle Sachverständigen für die Ausführungen. Ich möchte nochmal Herrn Burtscher fragen, welche Hinweise würden Sie uns noch mitgeben wollen für dieses und für weitere Gesetzgebungsverfahren?

**Der Vorsitzende:** Herr Dr. Burtscher.

**SV Dr. Leonard Burtscher (Umweltinstitut München e. V.):** Danke. Aus unserer Sicht sind eben die – ist der absolut wichtigste Punkt, der angegangen werden sollte in diesem Gesetz tatsächlich die Verpflichtung zur Umsetzung von Maßnahmen. Es wurde mehrfach erwähnt, dass es auch viele andere Instrumente gäbe, wie Förderinstrumente und Energieeffizienznetzwerke, die auch

gut funktionieren würden. Aber man muss doch einfach festhalten, dass es in der Vergangenheit offenbar nicht gut genug funktioniert hat. Wir haben eben nicht die Effizienzpotenziale gehoben, die uns Herr Madsen und Frau Dr. Ruhl auch zitiert haben, die ja da sind. Und es geht ja bei der ganzen Diskussion und bei den Forderungen, die wir auch aufgebracht haben, nicht darum, dass wir irgendwie die Deindustrialisierung fördern wollen und die Produktion drosseln wollen. Ganz im Gegenteil: Wir wollen ja nur, dass die wirtschaftlichen Maßnahmen, die Maßnahmen, die sich für die Industrie selbst lohnen, durchgeführt werden. Wir hätten schon noch weitere Ideen. Wir könnten zum Beispiel auch fordern, dass die Anlagen, die den meisten Energieverbrauch haben, meinetwegen 50 Prozent kumuliert, dass die auf diese „best available technology“, die vom UBA definiert wird, gebracht wird. Das wäre noch viel weitergehend. Aber darum geht es ja gar nicht. Es geht nur darum, die wirtschaftlichen Maßnahmen umzusetzen. Selbst das wird nicht gefordert. Wir haben hier wirklich in diesem Energieeffizienzgesetz momentan das absolute Minimum von dem, was man haben kann, damit überhaupt eine Energieeffizienz gedacht wird. Wir müssen also wirklich noch deutlich darüber hinaus kommen.

Und ansonsten möchte ich zum Ende nur noch mal auf das Eingangsstatements verweisen. Wir haben jetzt keine Zeit mehr, um irgendwelche Klimaleugner und sonstigen Themen zu diskutieren. Wir müssen jetzt endlich alle demokratischen Parteien, bitte zusammen, endlich dazu kommen, die Klimakrise als die Krise wahrzunehmen, die sie ist, und endlich diese Chance nutzen vom Energieeffizienzgesetz, den Energiebedarf zunächst mal zu senken. Tatsächlich, es ist auch ein Energiebedarfssenkungsgesetz, sozusagen, wäre vielleicht nur noch komplizierter. Und man kann ja dann in der Zukunft vielleicht an andere Dinge denken. Ich komme ursprünglich aus der Astronomie. Da gibt es Dinge, wie, dass man große Sphären um Sterne baut und noch viel mehr Energie nutzt. Können wir in 50 Jahren diskutieren, aber jetzt müssen wir erstmal die Krise lösen, die wir in der Hand haben, und dafür müssen wir auch den Energiebedarf senken. Danke.

**Abg. Ralph Lenkert (DIE LINKE.):** Ganz kurz noch wegen Energiebedarf senken, also eine Bitcoin-



Überweisung kostet im Durchschnitt 500 Kilowattstunden durch die Rückverfolgbarkeit bis zum letzten Punkt. Das heißt also, wenn man solche Anwendungen deutlich reduziert, könnte man den Energieverbrauch runterbringen, ohne irgendwelchen Wohlstandsverlust. Und das ist eben das, was gemeint ist, wo man auch darüber nachdenken muss. Und letzten Endes eine Frage für mich als Linker. Mir hat noch keiner den Sinn von Hochfrequenzhandel an der Frankfurter Börse erklären können. Die Rechenzentren könnten durchaus für sinnvolle Tätigkeit genutzt werden.

Der **Vorsitzende**: Für eine Antwort bleibt leider keine Zeit. Ich bedanke mich. Es war auch keine Frage. Ich bedanke mich für diese anregende Diskussion. Das Problem ist das Spannungsfeld zwischen Notwendigkeiten des Klimaschutzes auf der einen Seite und der Machbarkeit auf der anderen Seite. Darin bewegen wir uns und da den richtigen Weg zu finden, glaube ich, ist nicht so ganz einfach, insbesondere für die, die jetzt von der Koalition ein Gesetz nach dieser An-

hörung vorlegen, das wir dann im Deutschen Bundestag verabschieden können. Ich bedanke mich recht herzlich bei allen Sachverständigen für Ihre rege Diskussion, auch dafür, dass Sie hier zu uns gekommen sind. Ich bin froh, dass das Manöver nur einen Abgeordneten gehindert hat, hier teilzunehmen und dass Sie alle kommen konnten. Ich hoffe, Sie würden uns auch künftig wieder zur Verfügung stehen, weil es doch eine sehr sachliche und auch eine sehr anregende Debatte war und schließe damit die Veranstaltung. Herzlichen Dank, dass Sie da waren. Ich bedanke mich auch bei unserem Sekretariat, das wie immer in hervorragender Weise alles gemanagt hat. Wir hatten schon mal die Situation, dass wir hier eher die Regie eines Fernsehstudios waren. Wir sind jetzt wieder live vorhanden. Das macht uns allen viel mehr Spaß. Recht herzlichen Dank. Ich wünsche einen guten Nachhauseweg.

Schluss der Sitzung: 16:07 Uhr  
Sim